

RICHTET KEINEN SCHADEN AN:

**ARGUMENTE FÜR EINE EU-GESETZGEBUNG,
DIE UNTERNEHMEN FÜR MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN
UND UMWELTSCHÄDEN ZUR RECHENSCHAFT ZIEHT**

Oktober 2020



**Friends of
the Earth
Europe**



Ein Lastwagen voller Ölpalmen in Sierra Leone

INHALTSVERZEICHNIS

EINFÜHRUNG	4
FAMILIEN IN BRASILIEN LEBEN AUF EINEM TRÜMMERFELD	6
TOD DURCH ÖL IN NIGERIA	10
TRANSNATIONALE KONZERNE VERTREIBEN FAMILIEN IN MOSAMBIK AUS IHRER HEIMAT	14
OPFER IN SIERRA LEONE WERDEN ZUM SCHWEIGEN GEBRACHT	18
DER UNGLEICHE KAMPF INDONESISCHER FISCHER*INNEN GEGEN AUSBAGGERUNGEN	22
FAZIT	26
QUELLEN	32

AUTORINNEN

Ike Teuling, Jill McArdle und Layla Hughes

UNSER DANK GILT

Arthur Walber Viana, Amigos da Terra Brasilien

Tara Burke, Movimento dos Trabalhadores Sem Teto

Barr. Chima Williams, Environmental Rights Action/Friends of the Earth Nigeria

Albert ten Kate

Muhammad Al Amin, WALHI Süd-Sulawesi

Niels Hazekamp, Both Ends

Florence Kroff, FIAN Belgien

Anabela Lemos, Ilham Rawoot, Dipti Bhatnagar, Erika Mendes, JA! FOE Mosambik

Cécile Marchard, Juliette Renaud, Amis de la Terre

E. Barrett Ristroph

EINFÜHRUNG



Ein Flugzeug über Vila Nazaré in Brasilien

Dieser Bericht erzählt fünf Geschichten von Unternehmen mit Sitz in der EU, die auf der ganzen Welt in Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung verstrickt sind, von Südamerika über Afrika südlich der Sahara bis hin nach Südostasien.

Die Fälle in diesem Bericht zeigen, warum es dringend geboten ist, dass die EU ein Gesetz zur Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz (mandatory Human Rights and Environmental Due Diligence; mHREDD) auf den Weg bringt. Mindestens genauso wichtig ist es, dass ein solches Gesetz transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU für die Schäden haftbar macht, die sie in ihren Auslandsniederlassungen und entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette anrichten, und dass die Opfer von Übergriffen durch Unternehmen Zugang zur Gerichtsbarkeit in jenen Ländern erhalten, in denen diese Unternehmen ihren Hauptsitz haben.

Die Geschichten in diesem Bericht handeln von brasilianischen Wohnhäusern, die von Bulldozern plattgewalzt werden, von vergifteten Dörfern in Nigeria, von Landdiebstahl in Mosambik, von zerstörten Fischereigründen in Indonesien und von Einschüchterung und Gewalt in Sierra Leone. All diese Geschichten haben gemeinsam, dass hier Ungerechtigkeiten gegenüber fast völlig machtlosen Gemeinwesen des Globalen Südens begangen werden – und zwar von großen transnationalen Unternehmen des Globalen Nordens.

Diese Geschichten zeichnen ein düsteres Bild davon, wie Unternehmen aus der EU regelmäßig weltweit gegen Menschenrechte verstoßen und die Umwelt schädigen, und wie die unternehmerische Gier nach Profit die politischen Ambitionen der EU im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit unterminiert. Sie veranschaulichen, dass zahlreiche Unternehmen aus der EU wenig tun, um den systematischen Menschenrechtsverletzungen in ihren Operationen Einhalt zu gebieten.

Doch dieser Bericht erzählt nicht nur die Geschichten der Opfer, sondern er erklärt auch, wieso EU-Unternehmen immer noch ungestraft im Ausland Menschenrechte verletzen und die Umwelt zerstören können. Zu diesem Zweck haben die Autorinnen die Fallgeschichten daraufhin analysiert, wie die geltende internationale Rechtsordnung derzeit die Unternehmen begünstigt und nicht ihre Opfer.

Ein Punkt ist bei einigen dieser Fälle besonders auffällig: Große Unternehmen instrumentalisieren häufig das Unternehmensrecht, um sich von der Verantwortung oder Haftung für Schäden abzuschirmen, die sie verursacht oder zu denen sie beigetragen haben. Sie schaffen komplexe Unternehmensstrukturen, um den reichen Mutterkonzern in der EU künstlich von der Niederlassung zu trennen, die die Unternehmensaktivitäten in anderen Teilen der Welt ausführt.

Dadurch wird ein System geschaffen, in dem es Opfern, die versuchen ein Gerichtsverfahren gegen einen transnationalen Konzern mit Hauptsitz in der EU einzuleiten – zum Beispiel gegen Royal Dutch Shell oder den französischen Konzern Total – verwehrt wird, direkt im Herkunftsland des transnationalen Unternehmens Rechtsmittel einzulegen. Stattdessen werden die Opfer gezwungen, sich mit der Auslandsniederlassung auseinander zu setzen, die möglicherweise gar nicht über die Ressourcen verfügt um Abhilfe zu schaffen. Zudem müssen die Opfer in jenem Land vor Gericht ziehen, in dem die Niederlassung ihren Unternehmenssitz hat, und in dem sie oft keinen fairen Prozess bekommen. Opfer erhalten keine Gerechtigkeit von reichen EU-Unternehmen, obwohl eben diese Unternehmen die Profite aus ihren Niederlassungen einstreichen und über die notwendige Macht, die Ressourcen und die Mittel verfügen, um Abhilfe zu schaffen – und außerdem oft selbst die Richtlinien bezüglich Menschenrechten und Nachhaltigkeit für ihre globalen Niederlassungen festgelegt haben.

Darüber hinaus gibt es weitere juristische Regularien der EU, die es den Opfern gegenwärtig schwer machen, Gerechtigkeit zu erhalten. Die Geschichten in diesem Bericht unterstreichen, dass Regeln in Bezug darauf wo Klage gegen ein Unternehmen erhoben werden kann und die Gesetze welchen Landes dann auf den Fall angewendet werden, den Opfern auf der Welt keine optimale Basis schaffen, um erfolgreich gegen EU-Unternehmen vor Gericht zu ziehen.

Die transnationalen Unternehmen profitieren stark von diesem System: Sie können Gewinne einstreichen, ohne Verantwortung zu übernehmen, genießen die Vorzüge der wirtschaftlichen Aktivitäten und waschen ihre Hände in Unschuld, wenn etwas schief läuft. Dieses System ist eine Verkörperung der ungleichen Machtverteilung zwischen Norden und Süden und der Kluft zwischen Reich und Arm, die von der Globalisierung verbreitert wurde.

Innerhalb der EU gibt es derzeit Bestrebungen, Regularien einzuführen, die Unternehmen zur Rechenschaft ziehen. Im April 2020 kündigte der EU-Kommissar für Justiz Pläne für eine EU-Gesetzesvorlage zur Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz entlang der globalen Wertschöpfungskette an. Dieses Gesetz hat das Potenzial, einen großen Beitrag zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen zu leisten. Es könnte die Unternehmen zwingen, Schadensrisiken innerhalb ihrer globalen Wertschöpfungsketten zu identifizieren und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um diese Schäden zu verhindern, zu mindern und/oder Abhilfe zu schaffen.

Ein mHREDD-Gesetz der EU könnte Unternehmen dazu bewegen, Umweltverschmutzungen wie etwa Ölaustritte zu verhindern und zu beseitigen. Sie wären dazu angehalten, sicherzustellen, dass Gemeinwesen im Falle einer Umsiedlung Kompensationszahlungen erhalten und dass ihre Vertragspartner nicht in Korruption, Verbrechen oder andere illegale Aktivitäten verwickelt sind.

Um dieses Potenzial voll auszuschöpfen, muss ein solches mHREDD-Gesetz allerdings einige Schlüsselemente beinhalten.

Dieses Gesetz muss bindend sein und **Unternehmen müssen nicht nur juristisch haftbar gemacht werden, wenn sie ihrer Sorgfaltspflicht nicht nachkommen, sondern auch für von ihnen angerichtete Schäden.** Es darf Unternehmen nicht ermöglicht werden, sich der Haftung zu entziehen, indem sie lediglich nachweisen, dass sie ein Due Diligence-Verfahren durchgeführt haben.

Der vorliegende Bericht zeigt, **dass eine neue EU-Gesetzgebung es den Opfern ermöglichen muss, im Herkunftsland eines transnationalen Unternehmens vor Gericht zu ziehen** und Klage gegen den Hauptfirmensitz oder den Mutterkonzern zu erheben. Außerdem argumentieren die Autorinnen, dass eine neue Gesetzgebung den Opfern die Wahl lassen sollte, welche Gerichtsbarkeit in ihrem Fall gelten soll, damit sichergestellt ist, dass jene Gesetze angewendet werden, die den umfassendsten Schutz der Menschenrechte bieten.

Die Regeln von Gerichtsprozessen sollten für die Opfer fairer gestaltet werden. **In Schlüsselfragen des Verfahrens sollte die Beweislast von den Opfern auf die Unternehmen verlagert werden.** Des Weiteren sollte der Zugang der Opfer zu unternehmensinternen Dokumenten, die für den Gerichtsprozess von wesentlicher Bedeutung sind, stark verbessert werden.

Das Ziel einer jeden Gesetzgebung zu Unternehmen und Menschenrechten muss sein, Übergriffe durch Unternehmen zu verhindern oder Abhilfe zu schaffen. Die Fälle in diesem Bericht zeigen, dass ein Gesetz, das Unternehmen juristisch haftbar für durch seine Niederlassungen und entlang seiner gesamten globalen Wertschöpfungskette angerichtete Schäden macht, mächtige Konzerne dazu verpflichten würde, Schäden zu verhindern, indem es die Gemeinwesen vor Ort ermächtigt, sich selbst und ihre Umwelt zu schützen.

Aber letztendlich sollten solche Verpflichtungen nicht nur für Unternehmen gelten, die ihren Sitz in der EU haben oder dort unternehmerisch tätig sind. Transnationale Konzerne aus der ganzen Welt benötigen ähnliche Regeln bezüglich ihrer Rechenschaftspflicht. Am besten kann dies erreicht werden, indem ein globales Abkommen zu Unternehmen und Menschenrechten geschlossen wird. Die Verhandlungen hierzu wurden 2014 aufgenommen. Die EU muss endlich ihrer Verantwortung nachkommen und sich konstruktiv an den Verhandlungen zu einem solchen UN-Abkommen beteiligen. Eine Kombination aus einem ambitionierten UN-Abkommen und effektiver regionaler Gesetzgebung ist der beste Weg, der Verantwortungslosigkeit transnationaler Unternehmen ein Ende zu setzen.

FAMILIEN IN BRASILILIEN LEBEN AUF EINEM TRÜMMERFELD

Jede Stunde wird der Frieden in Vila Nazaré brutal gestört, wenn ein Flugzeug von der Landebahn abhebt, die unmittelbar an die Hinterhöfe der letzten Häuser in diesem Vorort der brasilianischen Metropole Porto Alegre angrenzt.



Vor etwa 60 Jahren, als die ersten Menschen ihre Häuser auf das freie Grundstück neben dem Internationalen Flughafen Salgado Filho bauten, war dies noch ein kleiner, regionaler Flugplatz im Besitz der Regierung. Heute ist der Flughafen ein bedeutender Verkehrsknotenpunkt mit Ambitionen, noch weiter zu wachsen!

Im Jahr 2018 erhielt der private deutsche Flughafenbetreiber Fraport Brasil -Porto Alegre, eine 100%ige Tochter der Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, die Konzession für den Betrieb des Flughafens. Diese Konzession für einen Zeitraum von 25 Jahren gewann das Unternehmen bei einer Auktion, die von der brasilianischen Regierung veranstaltet wurde². Die Fraport machte Pläne, die Kapazität des Flughafens zu erweitern, damit er auch von größeren Flugzeugen genutzt werden konnte, insbesondere von Frachtmaschinen. Das Unternehmen kündigte an, dass man **die Start- und Landebahn von 2.280 auf 3.200 Meter verlängern werde, und dass dazu genau das Grundstück genutzt werden sollte, auf dem sich die Siedlung Vila Nazaré befindet**³.

ANWOHNER*INNEN WERDEN MIT GEWALT AUS IHREN HÄUSERN VERTRIEBEN

Die Menschen, die dort lebten, erfuhren von der geplanten Räumung aus den Medien. **„Ich hörte nur im Fernsehen davon. Dass die Deutschen das Land gekauft hätten, dass es alles ihnen gehörte und dass die Menschen von Vila Nazaré gehen mussten“**, erinnert sich Sônia Regina Alves, die seit 30 Jahren in Vila Nazaré lebt⁴.

Kurz nachdem das Unternehmen den Flughafen übernommen hatte, beauftragte die Fraport das umstrittene Räumungsunternehmen Itazi, das zuvor bereits wegen missbräuchlicher Zwangsräumungen in Sao Paulo juristisch untersucht worden war⁵, damit, an die Türen der Bewohner*innen zu klopfen, sie über den geplanten Ausbau der Start- und Landebahn zu informieren und von der bevorstehenden Zwangsräumung in Kenntnis zu setzen. Bei diesen Hausbesuchen wurden die Mitarbeiter des Räumungsunternehmens häufig von der Polizei begleitet⁶. Sie boten den 2000 Familien von Vila Nazaré Umsiedlungsvereinbarungen für zwei verschiedene Standorte an, die beide weit von Vila Nazaré entfernt lagen.

Vania Maria Soares war eine der vielen Anwohnerinnen, die mit den Umsiedlungsangeboten unzufrieden waren. **„Der Ort, an den sie uns bringen wollen ist nicht gut für uns. Niemand will dorthin gehen“**, sagte sie.

Die beiden Siedlungen, in denen den Menschen neue Häuser angeboten wurden, sind weit vom Stadtzentrum entfernt und schlecht ausgestattet. Viele Menschen laufen Gefahr, ihre Jobs in der informellen Ökonomie von Vila Nazaré zu verlieren, da Kleinbetriebe von der Bildfläche verschwinden. **„Meine ganze Lebensgeschichte hat sich hier abgespielt. Ich habe meine Kinder hier großgezogen und jetzt ziehe ich hier meine Enkelkinder groß. Ich will Nazaré nicht verlassen. Meine Wurzeln sind hier, mein Leben ist hier“**, ergänzt Soares⁷.

DIE NACHBARSCHAFT WIRD VON BULLDOZERN ZERSTÖRT

Soares gehörte zu den ersten Bewohner*innen der Siedlung aus einer Zeit, als es in der Umgebung nichts als Felder und Dickicht und nur einen einzigen Wasserhahn für die ganze Gemeinde gab. Als die Menschen begannen, sich hier anzusiedeln, hatten sie keine offiziellen Grundbesitzrechte, sondern ließen sich auf brach liegendem Land nieder.

Gemäß brasilianischem Gesetz gelten Familien, die ein Stück Land über so viele Jahre hinweg bewohnt haben, automatisch als Grundstückseigentümer.

Unter völliger Missachtung dieser Rechtslage annektierte die Regierung des Bundesstaates Rio Grand do Sul 2012 einfach das Land, auf dem sich Vila Nazaré befindet⁸, obwohl dort tausende von Menschen in einer Nachbarschaft voller Geschäfte und Kleinbetriebe lebten.

Im Juli 2019 begann die Stadtverwaltung damit, Familien aus ihren Häusern zu vertreiben. Anschließend wurden die Gebäude von einem Bulldozer zerstört und die verbliebenen Einwohner mussten nun auf einem Trümmerfeld weiterleben.

DIE VERLÄNGERTE START- UND
LANDEBAHN DER FRAPORT

2,280 M.

3,200 M.

VILA NAZARÉ



Unter Druck gesetzt akzeptierten viele Familien für sie ungünstige Umsiedlungsvereinbarungen. Vanessa Bueno, eine Anwohnerin, die bereits umgesiedelt wurde, sagt: *„Ich habe niemals darum gebeten, dass mein Haus durch die Wohnung ersetzt wird, die ich heute habe. Mein Haus in Nazaré war viel besser als diese Wohnung, in der ich jetzt lebe. In Nazaré habe ich mich viel sicherer gefühlt, als ich es hier und heute tue“*⁹.

DIE FRAPORT ENTZIEHT SICH WISSENTLICH IHRER VERANTWORTUNG

Die Fraport erkennt ihre Verantwortung für die Vertreibung der Familien aus Nazaré nicht an. Das Unternehmen behauptet, dass es sich bei Vila Nazaré um eine illegale Siedlung handelt und man daher nicht verantwortlich für die Umsiedlung der Bewohner*innen sei. *„Wir bei der Fraport haben mit dieser Entscheidung nichts zu tun. Die Umsiedlung von Personen war eine Vorbedingung dafür, dass der Vertrag zwischen den Behörden und dem Unternehmen überhaupt zustande kam“*, äußerte Stefan Schulte, CEO der Fraport, bei der Aktionärsversammlung des Unternehmens im Mai 2019¹⁰.

Der Vertrag zwischen der Fraport und dem brasilianischen Verkehrsministerium beweist allerdings das Gegenteil: Als Inhaberin der Konzession ist die Fraport unmittelbar verantwortlich. Der Vertrag hält eindeutig fest: „Jegliche Räumungen aus Gebieten, die sich im Bereich oder Besitz des Flughafens oder im Besitz Dritter befinden, liegen vor oder nach Abschluss des Vertrages vollumfänglich in der Verantwortung des Konzessionärs“¹¹.

Kurz nachdem die ersten Zwangsräumungen stattgefunden hatten, leitete die brasilianische Staatsanwaltschaft ein Gerichtsverfahren gegen die Fraport ein, forderte für die Familien von Vila Nazaré das Recht auf Wohnung ein und verlangte, dass die Fraport die Kosten für die Zwangsäumung und den Bau der Häuser für die Umsiedlung übernahm¹². Die Staatsanwaltschaft erklärte, dass weder die Fraport noch die Stadtverwaltung das Recht zu einer Räumung der Familien habe, es sei denn, diese finde im Rahmen eines angemessenen und transparenten Prozesses statt. Bis dahin sollte keine Familie geräumt werden.

EIN BLÜHENDES GEMEINWESEN WIRD IN EINE EINÖDE VERWANDELT

Das Gerichtsverfahren brachte die Zwangsräumungen vorübergehend zum Stillstand, aber sie setzten wieder ein, nachdem die Fraport erfolgreich Berufung gegen eine einstweilige Verfügung eingelegt hatte. Trotz Drohungen und Einschüchterungsversuchen leisten die Geschäftsinhaber*innen und Anwohner*innen des Gemeinwesens weiterhin Widerstand gegen eine Vertreibung aus ihren Betrieben ohne jede Garantie auf Entschädigung. Einige Familien wohnen nun inmitten des Trümmerfelds und sind der Gewalt seitens der öffentlichen Behörden und der Fraport ausgesetzt. Sie hoffen, in ihrem Viertel bleiben zu können und verteidigen ihr Recht auf eine angemessene Wiedergutmachung.

Die verbliebenen Bewohner*innen von Vila Nazaré fürchten allerdings, dass ihre Heimat unbewohnbar werden könnte. Die Stadtverwaltung von Porto Alegre hat bereits die Investitionen in das Viertel eingestellt, und so wurden Schulen und Gesundheitszentren geschlossen, die Straßen sind von Schlaglöchern übersät, es wimmelt von verlassenen und zerstörten Häusern – das einst blühende Gemeinwesen gleicht zunehmend einer Einöde.



JURISTISCHE ANALYSE

Bereits vor dem Start des Projektes hätte die Fraport dazu verpflichtet werden müssen, ein Due Diligence-Verfahren durchzuführen, in dessen Rahmen das Unternehmen die Menschenrechtsfragen erkannt hätte, die mit dem Flughafenbau verbunden sind, unter anderem im Hinblick auf Grundeigentum, Zwangsräumungen und eine Entschädigung der Anwohner*innen. Ein durchsetzungsstarkes mHREDD-Gesetz hätte das Unternehmen dazu zwingen können, auf diese Problemstellungen zu reagieren.

Als Teil ihrer Due Diligence-Verpflichtungen hätte die Fraport Vertreter des Gemeinwesens vor Ort konsultieren müssen. Wäre die Fraport diesen Due Diligence-Verpflichtungen nicht auf angemessene Art und Weise nachgekommen und hätte das Gemeinwesen geschädigt, wäre das Unternehmen im Rahmen eines starken mHREDD-Gesetzes für diese Schäden haftbar gewesen.

Auch wenn Unternehmen ein Due Diligence-Verfahren durchführen, können sie Schaden anrichten. **Daher muss eine mHREDD-Gesetzgebung Bestimmungen beinhalten, die die Mutterkonzerne für die von ihnen verursachten Verstöße auch dann in die Haftung nehmen**, wenn sie zuvor einen Due Diligence-Prozess durchlaufen haben.

Die Bewohner*innen von Vila Nazaré sahen sich unüberwindbaren Herausforderungen gegenüber, als sie versuchten, den Mutterkonzern von Fraport Brasilien (Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide) haftbar zu machen. Obwohl Fraport Brasil - Porto Alegre eine 100%ige Tochter des Mutterkonzerns ist, die einzig zu dem Zweck gegründet wurde, den Flughafen auszubauen und zu betreiben, **kann der Mutterkonzern vor EU-Gerichten aufgrund der separaten Unternehmensstruktur nur eingeschränkt haftbar gemacht werden.**

- **Die Opfer, die aus ihren Häusern vertrieben wurden, sollten nicht mit der Beweislast dafür belegt werden, dass der deutsche Mutterkonzern die Aktivitäten seines Tochterunternehmens kontrolliert**, um die Haftung des Mutterkonzerns zu begründen, wie dies aktuell der Fall ist.
- **Es ist unabdingbar, dass die Opfer das Unternehmen vor ein Gericht innerhalb der EU bringen können, da das staatliche Rechtssystem ihres Heimatlandes unzureichend ist.** Obwohl ein brasilianischer Staatsanwalt ein Verfahren gegen Fraport Brasil eingeleitet hat, konnte dadurch die Zerstörung von Vila Nazaré nur vorübergehend gestoppt werden. Zudem gab es keine Entschädigung für diejenigen, die ihre Häuser und ihre Lebensgrundlage verloren haben.
- In der Regel wenden EU-Gerichte das Recht des Landes an, in dem sich der Rechtsverstoß zugetragen hat. Sie sollten jedoch die Möglichkeit erhalten, EU-Recht anzuwenden, damit Unternehmen aus der EU tatsächlich auch die in der EU gültigen Normen erfüllen. Ein Gericht innerhalb der EU könnte derzeit urteilen, dass die Opfer keine Entschädigung erhalten, da die brasilianischen Gesetze ihre Grundeigentumsrechte nicht anerkennen. **Daher sollte das EU-Gesetz sicherstellen, dass die Rechtsprechung eines Gastgeberlandes nicht angewendet wird, wenn diese keine angemessene Abhilfe vorsieht.** Solche Ausnahmeregelungen existieren bereits für Umweltschäden und die EU könnte diese auch auf Menschenrechtsverletzungen übertragen.

„MEINE GANZE LEBENSGESCHICHTE HAT SICH HIER ABGESPIELT. ICH HABE MEINE KINDER HIER GROSSGEZOGEN UND JETZT ZIEHE ICH HIER MEINE ENKELKINDER GROSS. ICH WILL NAZARÉ NICHT VERLASSEN. MEINE WURZELN SIND HIER, MEIN LEBEN IST HIER“

- VANIA MARIA SOARES



Sônia Regina Alves protestiert gegen die Zwangsräumung von Vila Nazaré – Alass Derivas



TOD DURCH ÖL IN NIGERIA

Das nigerianische Nigerdelta ist eines der am stärksten verschmutzten Gebiete der Welt. Seit in diesem dicht bevölkerten tropischen Flussdelta in den 1950er Jahren Ölvorkommen entdeckt wurden, wird die Umwelt dort fortwährend durch Rohölaustritte geschädigt.



Ein Schild warnt in Goi vor Ölverschmutzung – Ike Teuling

„Die Menschen in dieser Region essen, trinken und atmen verschmutzte Luft. Die unmittelbaren Ursachen dafür sind das Abfackeln von Gas und Öläustritte“, erklärt Michael Azabi, Direktor des Krankenhauses von Oruma, einer Kleinstadt mitten im Delta. Mehr als 30 Millionen Menschen¹³ leben in diesem stark verschmutzten Gebiet, in dem transnationale Ölkonzerne wie Shell¹⁴ und Total unausgesetzt weiter Öl fördern und Lecks verursachen.

„Wenn du zum Angeln an den Fluss gehst, fängst du nicht mehr viele Fische, und die paar, die du fängst sind verunreinigt“, sagt Azabi. „Du siehst Ölteppiche, die auf dem Wasser schwimmen – und du kannst dir vorstellen, was passiert, wenn Menschen kein Geld haben, um sich Wasser in Flaschen zu kaufen: Sie trinken Öl.“¹⁵

VORZEITIGE TODESFÄLLE DURCH ÖLVERSCHMUTZUNG

Der größte Teil der Verschmutzung wird durch leckende Pipelines verursacht. Diese Lecks entstehen aufgrund von mangelhafter Wartung oder weil Pipelines schlecht gegen Sabotageakte von Personen gesichert werden, die Öl stehlen um damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, da ihre traditionellen Lebensgrundlagen in dieser Gegend zerstört wurden. Öläustritte werden häufig nicht schnell oder effektiv beseitigt, was zu einer weit verbreiteten Verschmutzung von Wasser, Erdreich und Luft führt. Das Abfackeln von Gas – die Verbrennung von unerwünschten Gasen, die als Nebenprodukt der Ölförderung entstehen – zieht eine noch stärkere Verschmutzung der Atmosphäre nach sich.¹⁶

Wissenschaftliche Studien haben ergeben, dass die Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen dramatisch sind, wenn diese ständig einer Ölverschmutzung ausgesetzt sind. „Die Lebenserwartung hat sich verkürzt. Zahlreiche junge Männer und Frauen sterben“, erläutert Azabi.

Eine bedeutende wissenschaftliche Studie hat nachgewiesen, dass die Säuglingssterblichkeitsrate bei nigerianischen Babys, die in den durch Öl verschmutzten Regionen aufwachsen, um das Doppelte erhöht ist.¹⁷ Queen Victor, Mutter von zehn Kindern, hat dies am eigenen Leib erfahren. „Wenn du schwanger bist, hast du wegen der Ölverschmutzung oft eine Fehlgeburt“¹⁸. Sechs ihrer zehn Kinder haben bislang überlebt.

Die Menschen, die im Delta leben, versuchen schon seit Jahrzehnten mit allen möglichen juristischen Methoden, die Verschmutzung zu beenden und die Unternehmen zu zwingen, die von ihnen verursachten Öläustritte zu beseitigen und Entschädigungen für entstandene Schäden an Ackerland, Fischgründen und der öffentlichen Gesundheit zu leisten.

SHELL SABOTIERT JURISTISCHE ERFOLGE

Tagtäglich werden bei den nigerianischen Gerichten neue Klagen eingereicht. Doch obwohl die Opfer gelegentlich ein Urteil zu ihren Gunsten erwirken, kommt dies selten vor, und Gerichtsverfahren führen fast nie dazu, dass Entschädigungen gezahlt werden oder Abhilfe geschaffen wird. Die Ölkonzerne halten sich häufig einfach nicht an entsprechende Gerichtsurteile oder wenden verschiedene Taktiken an, um die Einhaltung von Vorschriften zu sabotieren.

Die Gemeinde Ejama-Ebubu, die bereits seit 1970 unter der von Shell verursachten Ölverschmutzung leidet, hat im Jahr 2010 ein Gerichtsverfahren gegen den Konzern gewonnen. Ein nigerianisches Gericht verurteilte Shell zu einer Zahlung von einer halben Milliarde USD zzgl. Zinsen und zur Säuberung des verschmutzten Landes¹⁹.

Als das Unternehmen sich weigerte, sich an dieses Gerichtsurteil zu halten, schaltete die Gemeinde die Gerichtsbarkeit im Vereinigten Königreich ein, dem Heimatland des Mutterkonzerns, um die Entschädigungszahlung durchzusetzen. Allerdings ohne Erfolg. Im Jahr 2019 urteilte der zuständige Richter zugunsten des Ölmultis und ließ die Dorfbewohner*innen mit leeren Händen zurück²⁰.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie sich Unternehmen ihrer Verantwortung entziehen, ist das gesetzliche Verbot der Gasabfacklung. Aufgrund einer Klage, eingereicht von Gemeinden in der Nähe von Gasfackeln, entschied der Oberste Gerichtshof Nigerias bereits im Jahr 2005, dass das Abfackeln von Gas illegal ist. Doch statt nun diese gesundheits- und umweltschädlichen Praktiken einzustellen, entschieden sich Ölkonzerne wie Shell lieber dazu, die Strafen für eine Nichtbefolgung des Gerichtsurteils zu zahlen. Diese Strafzahlungen sind so gering, dass die Konzerne sie einfach unter „laufende Betriebskosten“ verbuchen²¹.

“WENN DU SCHWANGER BIST, HAST DU WEGEN DER ÖLVERSCHMUTZUNG OFT EINE FEHLGEBURT”

- QUEEN VICTOR, MUTTER VON 10 KINDERN

Queen Victor vor ihrem Laden – Ike Teuling

DAS GERICHTSVERFAHREN INS HEIMATLAND DES KONZERNS BRINGEN

Da sogar Gerichtsurteile zugunsten der Opfer in Nigeria nicht eingehalten oder durchgesetzt wurden, wandten sich die betroffenen Gemeinden an die Gerichtsbarkeit in den Heimatländern der Ölkonzerne, die im Nigerdelta tätig sind.

Mit Unterstützung europäischer NGOs wurden einige Gerichtsverfahren eingeleitet, die europäische Mutterkonzerne für Menschenrechtsverletzungen verurteilen sollten, die Niederlassungen der Konzerne außerhalb Europas begangen hatten.

- Vier nigerianische Bauern, die Ackerland und Fischgründe aufgrund eines Ölaustritts verloren hatten, reichten 2008 bei einem niederländischen Gericht Klage gegen Royal Dutch Shell ein und verlangten eine Entschädigung sowie die Beseitigung der Verschmutzung. Zwölf Jahre später läuft dieses Verfahren immer noch, und zwei der vier Kläger sind zwischenzeitlich verstorben. Allein die Tatsache, dass sich ein niederländisches Gericht überhaupt bereitfindet, in dessen Heimatland ein Verfahren gegen den Mutterkonzern aufgrund von Verstößen eines Tochterunternehmens – der Shell Petroleum Development Company (SPDC) – zu eröffnen, ist schon ein großer Sieg. Der langsame Fortschritt dieses Verfahrens bedeutet allerdings auch, dass die Gemeinden der vier Kläger weiterhin inmitten von Verschmutzung leben.
- Auch an Gerichten im Vereinigten Königreich wurde aufgrund der Verschmutzungen in Nigeria Klage gegen Shell eingereicht, in diesem Fall allerdings nur gegen die Shell-Tochter SPDC, die 2012 dort vor Gericht gestellt wurde. Das Unternehmen erreichte einen Vergleich mit den Klägern und zahlte der Gemeinde Bodo eine Summe in Höhe von 70 Millionen USD für Schäden, die durch zwei Ölaustritte im Jahr 2008 verursacht worden waren. Shell versprach außerdem, die Verunreinigungen in der Gegend zu beseitigen. Damit wurde jedoch erst sechs Jahre später in 2019 begonnen und die Arbeiten sind bis dato noch längst nicht abgeschlossen²².

- Nach dem Erfolg der Gemeinde Bodo versuchten im Jahr 2015 auch die Gemeinde Ogale und Bille Zugang zur Gerichtsbarkeit im Vereinigten Königreich zu erhalten. Das Gericht wies die Klage allerdings ab und urteilte, dass die Gemeinden im Vereinigten Königreich keine Rechtsmittel gegen Shell einlegen könnten.²³ Shell argumentierte: **„Klagen von nigerianischen Gemeinden gegen ein nigerianisches Unternehmen aufgrund von Vorfällen, die sich in Nigeria zugetragen haben, sollten vor einem nigerianischen Gericht verhandelt werden, und nicht im Vereinigten Königreich“²⁴.** Die Gemeinden Ogale und Bille legten im Mai 2020 Berufung gegen das Gerichtsurteil der Vorinstanz ein und warten gegenwärtig immer noch auf eine Entscheidung.
- Im Jahr 2017 wurde von der Gemeinde Ikebiri vor einem italienischen Gericht ein Verfahren gegen den Ölkonzern ENI eingeleitet. Die Gemeinde verlangte eine Entschädigung für Verunreinigungen aufgrund eines Ölaustritts im Jahr 2010. Auch dieses Verfahren endete mit einem Vergleich. Doch diesmal wurde nicht direkt Schadenersatz gezahlt, sondern das Unternehmen verpflichtete sich lediglich, in die Infrastruktur der Gemeinde zu investieren, z. B. Straßenbau und Elektrizität. Vor dem italienischen Gericht behauptete ENI, der Konzern sei nicht verantwortlich für den Ölaustritt, und verwies stattdessen auf seine nigerianische Niederlassung.

ROYAL DUTCH SHELL WIRD VOR EIN NIEDERLÄNDISCHES GERICHT GESTELLT

SPDC WIRD VOR EIN GERICHT IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH GESTELLT

EIN GERICHT IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH WEIST EINE KLAGE GEGEN SHELL WEGEN UNZUSTÄNDIGKEIT AB

/ 2008 / 2009 / 2010 / 2011 / 2012 / 2013 / 2014 / 2015



LEBEN INMITTEN TOXISCHER VERSCHMUTZUNG

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) veröffentlichte im Jahr 2011 einen Bericht zum extrem hohen Verschmutzungsniveau in der Region Ogoniland, einem Teil des Nigerdeltas²⁵. In dem Bericht ist die Rede von äußerst stark verunreinigtem Wasser und Böden, etwa in der Gemeinde Ogale²⁶, von der Zerstörung riesiger Mangrovenwälder und gravierenden Auswirkungen auf die Gesundheit. Heute, neun Jahre später, wurde noch kein einziges der von der UNEP in ihrem Bericht erwähnten Öllecks vollständig beseitigt. Tatsächlich **hat eine Säuberung in 90% der Fälle nicht einmal begonnen und die Menschen leben weiterhin inmitten toxischer Verschmutzung**²⁷.

Fische und Saatgut enthalten ebenfalls toxische Chemikalien. „Was wir hier essen, ist pures Gift“, erklärt Veronica Adda Kobani aus dem nigerianischen Dorf Goi. „Wem es möglich ist, der geht weg oder kauft seine Lebensmittel anderswo. Manche haben aber keine Wahl und essen das Gift trotzdem“²⁸.

„Manchmal nehme ich meine Kinder mit an den Fluss und erzähle ihnen Geschichten davon, wie schön es hier einmal war“, sagt sie. „Aber eigentlich sollte ich das nicht tun. Die Luft, die man hier atmet, ist viel zu stark verschmutzt.“

**ENI WIRD
IN ITALIEN
VOR GERICHT
GESTELLT**

**DIE GEMEINDEN OGALE UND
BILLE LEGEN BERUFUNG GEGEN
DIE GERICHTSENTSCHEIDUNG
VON 2015 IM VEREINIGTEN
KÖNIGREICH EIN**

/ 2016 / 2017 / 2018 / 2019 / 2020



JURISTISCHE ANALYSE

- **Ein EU-Gesetz zur Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz sollte Unternehmen in der EU dazu verpflichten, Due Diligence-Verfahren nicht nur für die Aktivitäten ihrer Niederlassungen durchzuführen, sondern sogar für ihre Auftragnehmer und andere Unternehmen entlang ihrer globalen Wertschöpfungskette.** Die mHREDD-Gesetze sollten stringent umgesetzt werden, und wenn ein Unternehmen seiner Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht nicht im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang nachkommt, sollte dies mit Strafzahlungen verbunden sein, die hoch genug sind, um zukünftig eine abschreckende Wirkung auf Unternehmen zu entfalten, die ihre Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht ignorieren.
- Konzerne wie Shell und ENI argumentieren stets, dass Klagen gegen ihre Niederlassungen in Nigeria einzureichen seien, und dass sich EU-Gerichte nicht mit Menschenrechtsverletzungen beschäftigen sollten, die außerhalb der EU begangen werden („extraterritoriale Fälle“). **Die EU-Gesetzgebung sollte daher die Haftung der Mutterkonzerne beinhalten.** Die Unternehmensstrukturen und Organisationsebenen der Niederlassungen erschweren es den Opfern in Nigeria, den Mutterkonzern in die Haftung zu nehmen, da sie dazu erst einmal „den Schleier lüften“ müssten. In dem Gerichtsfall in den Niederlanden wurde das nigerianische Tochterunternehmen haftbar gemacht, aber nicht der Mutterkonzern. Hinzu kommt noch, dass die nigerianische Regierung Anteilseigner des Tochterunternehmens ist – und diese könnte sich im Falle einer Klage auf ihre staatliche Immunität berufen.
- **Opfer verfügen nur eingeschränkt über Möglichkeiten, die benötigten Informationen zu beschaffen,** mit denen sich die Kontrolle eines Mutterkonzerns über ein Tochterunternehmen nachweisen lässt, um so die Haftung des Mutterkonzerns zu begründen. **Neue EU-Gesetze sollten diesbezüglich die Beweislast umkehren.**
- Wie die Situation in Nigeria zeigt, **ist es wichtig zu gestatten, dass Mutterkonzerne innerhalb der EU vor Gericht gestellt werden, da das juristische System vieler Gastgeberländer unzureichend ist.** Regionalen Behörden mangelt es an der Kapazität zur Durchsetzung von Gesetzen, sodass transnationale Konzerne die Möglichkeit haben, sich nicht an vor Ort gefällte Urteile zu halten – und Strafzahlungen für angerichtete Schäden schrecken nicht von zukünftigen Verstößen ab. Es ist auffällig, dass Kläger nur in solchen Fällen wenigstens begrenzt entschädigt wurden, in denen die Vergleiche aufgrund von Gerichtsverfahren in Europa geschlossen wurden (der Fall Bodo gegen Shell in England und der Fall Ikebiri gegen ENI in Italien).
- Abgesehen von einigen Ausnahmen wenden EU-Gerichte in der Regel die Rechtsprechung des Gastgeberlandes an. **Es ist wichtig, dass EU-Gerichte die Macht erhalten, jene Rechtsprechung anzuwenden, die den höchsten Schutz der Menschenrechte und der Umwelt bietet.** Wird beispielsweise ein Fall von Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen in Nigeria vor einem EU-Gericht verhandelt, könnte dieses Gericht aktuell gezwungen werden, nigerianisches Recht anzuwenden. Dieses Recht beinhaltet jedoch den Nigerian Oil and Navigable Act von 1968 – ein Gesetz, das es Unternehmen gestattet, Gefahrenstoffe in die Umwelt abzuleiten, wenn ein Leck die Ursache des Austritts ist. Wird ein solches Gesetz angewendet, wird es für die Opfer sehr viel schwerer, Gerechtigkeit zu erhalten. Daher sollten EU-Gerichte auch EU-Gesetze anwenden können, wenn es um Fragen der Umweltverschmutzung, des Gesundheitsschutzes, der Entschädigung, usw. geht.

TRANSNATIONALE KONZERNE VERTREIBEN FAMILIEN IN MOSAMBIK AUS IHRER HEIMAT

Im Jahr 2010 wurde das Leben der Fischer*innen, Bauern und Bäuer*innen in dem verschlafenen Städtchen Palma auf den Kopf gestellt. In der Region Cabo Delgado vor der Nordküste Mosambiks wurde ein riesiges Gasfeld entdeckt, ganz in der Nähe eines Naturschutzgebietes, das zum Welterbe der UNESCO gehört. Transnationale Unternehmen siedelten sich an, um an der Küste Infrastruktur und Industriekomplexe zu entwickeln. Sie raubten den Anwohner*innen Land und Fischereigründe und entzogen ihnen und ihren Familien damit die Lebensgrundlage.



Fischer*innen am Strand von Palma



Niederlassung des Ölkonzerns Anadarko – Ike Teuling

„Sie haben mir ein Haus gegeben, aber ich habe kein Feld um Nahrungsmittel für meinen Lebensunterhalt anzubauen. Anscheinend meinen sie, die zwei Säcke Reis, die sie mir gegeben haben, sind genug, aber glauben die tatsächlich, dass das für mich ausreicht?“ beschwert sich eine alte Dame aus dem kleinen Fischer*innendorf Milamba²⁹, das von der Landkarte radiert wurde, um Platz für den Bau eines Flughafens zu schaffen.

ANWOHNER*INNEN WERDEN OHNE ENTSCHÄDIGUNG VERTRIEBEN

In der Region wurden insgesamt 556 Familien aus ihren Dörfern vertrieben und zum Teil an andere Orte umgesiedelt. Mehr als 1000 Familien waren betroffen. Die neuen Siedlungen sind weit von der Küste entfernt und die Fischer*innen haben ihren Zugang zum Meer verloren. „Ich bin Fischer, und von dem Geld, das ich damit verdiene, kann ich meine Kinder zur Schule schicken. Aber jetzt wo Anadarko uns zwingt, umzuziehen, weiß ich nicht, was ich tun soll“, erklärte Abibu Nivsiam³⁰ in einem 2018 kurz vor der Umsiedlung produzierten Video.

Der US-amerikanische Ölkonzern Anadarko entwickelte als erstes Unternehmen eine Infrastruktur zur Förderung der riesigen Flüssigerdgasvorkommen und zwang Menschen, ihre Häuser und ihre Machambas zu verlassen, kleine Landparzellen, auf denen Grundnahrungsmittel wie Maniok und Jamswurzel angebaut werden. Für das konfiszierte Ackerland gab es keine angemessene Entschädigung und viele Dorfbewohner*innen berichten, dass sie nicht genug Land erhalten haben, um ihre Familien zu ernähren. Einigen Dorfbewohner*innen wurden auch Entschädigungszahlungen versprochen, die sie jedoch niemals erhalten haben³¹.

DIE INVASION EUROPÄISCHER UNTERNEHMEN

All dies geschah auf der Grundlage einer DUAT-Lizenz (*Direito de Uso e Aproveitamento da Terra*; dt. Landnutzungs- und -genussrecht), die Anadarko bereits von der mosambikanischen Regierung erhielt, bevor das Unternehmen überhaupt das erste Mal mit den Anwohner*innen über eine Umsiedlung gesprochen hatte³³. Dies ist ein klarer Verstoß gegen mosambikanisches Recht. Dieses gestattet es der Regierung zwar, die Landnutzungsrechte – nicht jedoch die Eigentumsrechte – auf Dritte zu übertragen, aber nur dann, „wenn die Bevölkerung vor Ort zunächst informiert wurde und eine Einwilligungserklärung abgegeben hat“.

Im Jahr 2019 wurde Anadarko von Oxydental Petroleum übernommen, und dieser Konzern verkaufte dann wiederum das Projekt an den französischen Ölmulti Total³⁴. Die 100%ige Konzerntochter Total E&P Mozambique Area 1 Limitada wurde daraufhin zur Betreiberin des Gasfelds und der geplanten Gasverflüssigungsanlage, an der das Unternehmen 26,5% der Aktienanteile hält³⁵.

Ein weiteres Gasfeld, das weiter von der Küste entfernt liegt, wird von der Mozambique Rovuma Venture S.p.A. betrieben, einem Joint Venture des US-amerikanischen Konzerns ExxonMobil, der italienischen ENI und der China National Petroleum Corporation³⁶.

Doch die europäische Beteiligung an dem Projekt beschränkt sich nicht nur auf das Eigentum an den Konzessionen. Die industriellen Entwicklungsprojekte haben zahlreiche weitere europäische Unternehmen auf den Plan gerufen, darunter den niederländischen Schwimmbagger-Produzenten Van Oord³⁷ und das belgische Bauunternehmen Besix³⁸. Der niederländische Ölkonzern Shell plant eine Gasverflüssigungs-Raffinerie³⁹ und das norwegische Unternehmen Yara hat sein Interesse am Bau einer Düngemittelfabrik bekundet, in der das Gas als Rohstoff verwendet werden soll⁴⁰.

Exportkreditagenturen aus dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Italien planen oder haben bereits entschieden, Millionen von Euro für dieses Projekt bereitzustellen.



Christina Raimundo auf ihrem Reisefeld - Ike Teuling

DIE FRAGILE SICHERHEITSLAGE TREIBT WEITERE BEWOHNER*INNEN DER REGION IN DIE FLUCHT

Die Bewohner*innen der entlegenen Region profitierten allerdings nicht vom europäischen Interesse. Vielmehr begannen Gruppen von Aufständischen damit, Gemeinwesen in der Gegend anzugreifen, Angst zu sähen und noch mehr Dorfbewohner*innen dazu zu zwingen, das Gebiet zu verlassen⁴¹. Es wird vermutet, dass diese Aufständischen in Beziehung zu einer regionalen Gruppierung namens Al Shabaab stehen, aber dies kann nicht als sicher bestätigt gelten.

Auch die genauen Hintergründe dieser Angriffe und eine mögliche Verbindung zum industriellen Boom liegen weitgehend im Dunklen. Sicher ist allerdings, dass sie zu einer starken Militarisierung der Region geführt haben. Dorfbewohner*innen klagen über Schikanen seitens des stationierten Militärs und führen aus, die Armee habe hauptsächlich den Schutz der Interessen der transnationalen Konzerne und nicht die Sicherheit der Zivilbevölkerung im Sinn⁴². Für die transnationalen Unternehmen war die explosive Sicherheitslage in der Tat bislang kein Grund, die Region zu verlassen.

Die Einheimischen leiden unter der Situation. **„Ich bin Händler, Fischer und Heiler. Früher habe ich viele Krankheiten kuriert, aber diese Arbeit kann ich nicht mehr tun, denn ich habe Angst, in den Busch zu gehen und nach Heilpflanzen zu suchen“**, erzählt ein älterer Herr aus Milamba. **„Die Militärs könnten mich mit einem Aufständischen verwechseln, also habe ich diese Tätigkeit aufgegeben.“**⁴³

BETROFFENE GEMEINDEN KÄMPFEN DARUM, GEHÖRT ZU WERDEN

Für die betroffenen Bewohner*innen der Region Cabo Delgado, von denen die meisten nicht über eine formale Bildung verfügen, ist es nicht einfach, Zugang zu Gerechtigkeit zu erhalten. In 2019 haben Bewohner*innen der Gemeinde Milamba schriftlich eine offizielle Beschwerde beim Projekt Mozambique LNG eingereicht, das von Total betrieben wird. Sie erhielten niemals eine Antwort. Im Mai 2020 haben 37 Familien aus der Gemeinde Milamba erneut eine Beschwerde aufgrund des Verlustes ihrer Ländereien und der fehlenden Entschädigung an Total geschickt. Auch dieser Brief ist bis dato unbeantwortet geblieben.

Da offizielle Beschwerden bei Total also zu keinerlei Verbesserungen der Situation geführt haben, wendeten sich die betroffenen Gemeinwesen mit Hilfe europäischer NGOs an die Finanziere des Projektes. Im Juli 2020 richtete die niederländische NGO Both Ends gemeinsam mit der Bauergewerkschaft (*União Provincial de Camponeses*) ein Beschwerdeschreiben an die African Development Bank⁴⁴. Friends of the Earth England Wales and Northern Ireland leitete ein Gerichtsverfahren gegen die staatliche Exportkreditagentur UK Export Finance mit der Begründung ein, dass die Unterstützung des Gasprojektes mit 1 Milliarde USD nicht mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar ist⁴⁵.



„WIR BRAUCHEN DIESES LAND UM DARAUF NAHRUNGSMITTEL ANZUBAUEN. WIR HABEN SONST NICHTS, UM DAVON ZU LEBEN. OHNE LAND KÖNNEN WIR KEINE NAHRUNGSMITTEL ANBAUEN UND NICHT ÜBERLEBEN.“⁴⁶

- CRISTINA RAIMUNDO, SENGA

EINE CHANCE, ZUKÜNFTIGE SCHÄDEN ZU VERHINDERN

Das Projekt Mozambique LNG befindet sich noch in einem frühen Stadium, da sich die Entwicklung aufgrund der Sicherheitslage verzögert. Es besteht also noch die Chance, zukünftige Umweltschäden – etwa am nahe gelegenen Archipel Quirimbas, einer Biosphäre, die zum UNESCO-Weltnaturerbe gehört – und weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, wenn die Bewohner*innen vor Ort die notwendigen Mittel erhalten, auf Konfrontationskurs mit dem breiten Spektrum an transnationalen Konzernen zu gehen, die derzeit planen, sich in der Region niederzulassen.

„Sie sollten uns in Ruhe lassen, damit wir die Felder bestellen können“, meint Cristina Raimundo aus Senga. „Wir brauchen dieses Land um darauf Nahrungsmittel anzubauen. Wir haben sonst nichts, um davon zu leben. Ohne Land können wir keine Nahrungsmittel anbauen und nicht überleben.“



JURISTISCHE ANALYSE

- **Wenn es eine obligatorische Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht in Bezug auf Menschenrechte und die Umwelt gäbe, die auch eine Rechtsdurchsetzung und angemessene Bußgeldzahlungen einschließt,** dann hätte ein ordnungsgemäßes Due Diligence-Verfahren die Problemstellungen im Zusammenhang mit Vertreibung, Entschädigung und einer Umweltverträglichkeitsprüfung offenlegen können.
- **Eine mHREDD-Gesetzgebung könnte auch einen Rahmen für die Entscheidungsfindung von Unternehmen in von Gewalt geprägten Regionen bieten.** Sie könnte den Unternehmen helfen zu ermitteln, wann ein adäquater Schutz vor Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit ihrer Präsenz nicht mehr gewährleistet ist und sie daher ihre Unternehmensaktivitäten in dieser Region einstellen sollten.
- **Wenn eine mHREDD-Gesetzgebung eine Offenlegungspflicht von Unternehmensstrukturen und -beziehungen beinhalten würde,** könnten diese Informationen hilfreich für Opfer auf der Suche nach Gerechtigkeit sein.
- **Die EU muss Zugang zu Gerechtigkeit ermöglichen, indem sie es den Opfern gestattet, Verfahren gegen die Mutterkonzerne vor EU-Gerichten einzuleiten.** Anwohner*innen wurden gegen eine geringe oder sogar ganz ohne Entschädigung aus ihren Häusern und von ihrem Land vertrieben. Auf dem Weg über die Streitschlichtungsmechanismen der transnationalen Konzerne haben sie sich erfolglos um Entschädigungen bemüht.
- **Dieser Fall zeigt die Notwendigkeit auf, Zugang zur EU-Gerichtsbarkeit zu schaffen.** Das juristische System in Mosambik kann hier nicht für Gerechtigkeit sorgen, da die Regierung des Landes selbst gegen mosambikanisches Recht verstoßen hat, als sie die Landnutzungs- und -genussrechte an Anadarko vergab. Zudem hat die Regierung die Gegend militarisiert und damit die Bewohner*innen eingeschüchtert und ihre Lebensgrundlagen noch weiter beschnitten.
- **Die EU muss dafür Sorge tragen, dass Mutterkonzerne für Schäden in die Verantwortung genommen werden, die von ihren Niederlassungen angerichtet werden.** Gleiches gilt für vorhersehbare Schäden, die von Unternehmen entlang ihrer globalen Wertschöpfungskette verursacht werden. Die Strukturen und verschachtelten Organisationsebenen der in der Region tätigen Unternehmen und Niederlassungen machen es sehr schwer, die Mutterkonzerne haftbar zu machen.
- **Die EU sollte klarstellen, dass ihre Gerichte Fälle von Menschenrechtsverletzungen nicht nur anhören, sondern darauf auch einschlägiges EU-Recht anwenden können.** Die Rechenschaftspflicht von EU-Unternehmen würde so auch europäischen Standards genügen und die durch Zwangsumsiedlungen geschädigten Opfer hätten Anspruch auf eine angemessene Entschädigung.



OPFER IN SIERRA LEONE WERDEN ZUM SCHWEIGEN GEBRACHT

Das Stammesfürstentum Malen im Süden von Sierra Leone war einst ein vielfältiges Ökosystem, in dem die Dorfbewohner*innen der Region ihren Lebensunterhalt als Kleinbauern und -bäuer*innen, Jäger*innen und Sammler*innen sichern konnten. So lange, bis der Konzern SOCFIN im Jahr 2011 auftauchte und einen Pachtvertrag mit der Regierung von Sierra Leone unterschrieb, um das Land für Palmölplantagen zu nutzen.

SOCFIN-Plantage in Sierra Leone - Fian Belgium

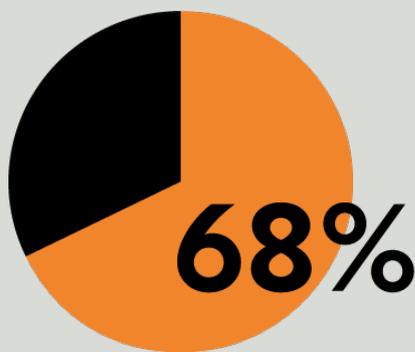
Zwei weitere Verträge folgten und letztendlich übernahm SOCFIN, ein luxemburgisch-französisch-belgischer agrarindustrieller Konzern, die Kontrolle über 18.473 der insgesamt 27.000 Hektar Land des Stammesfürstentums. Obwohl der Oberste Häuptling des Fürstentums Malen zugestimmt hatte, der Regierung Land zu überlassen, machte ein großer Teil der Gemeinwesen in der Gegend geltend, dass dieses Abkommen illegitim sei. Die 32.000 Bewohner*innen in den 53 Dörfern der Region seien niemals dazu konsultiert oder aufgeklärt worden und hätten auch niemals eine „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ erteilt⁴⁷.

„SOCFIN hält niemals partizipative Konsultationsprozesse in den Dörfern ab. Sie haben versucht, die Zustimmung von zwei oder drei Landeigentümern in den Dörfern zu bekommen, indem sie Versprechungen gemacht haben. Anschließend behaupteten sie dann, das ganze Dorf hätte der Verpachtung des Landes zugestimmt“, erklärte ein Bewohner des Dorfes Bassaleh im Jahr 2012 Vertreter*innen der Organisation FIAN Belgium⁴⁸.

SOCFIN sollte eine faire Entschädigung für den Verlust von Land und Ernte zahlen, aber Dorfbewohner*innen berichteten, dass die gezahlte Entschädigung unzureichend sei und nicht den Abkommen entspreche.

„Wir hatten rund 24 Hektar mit Palmen, aber nach der Landvermessung meinten sie plötzlich, es seien nur etwa 4“, erzählte ein Einwohner von Gandorhun Town 2018 FIAN Belgium⁴⁹.

Im Anschluss begann der Kampf der Dorfbewohner*innen um Gerechtigkeit. Ein Prozess, der bis heute andauert, während die Palmölplantagen von SOCFIN – und deren zahlreiche negative Auswirkungen auf den Zugang zu Grund und Boden, Arbeitsbedingungen, Verschmutzung und Kriminalisierung – sich weiter und weiter über das Land der Menschen im Stammesfürstentum Malen ausbreiten.



18.473

**VON 27.000 HEKTAR
EINGENOMMEN**

AGRESSIVE UNTERNEHMENSTAKTIKEN, UM KRITIKER*INNEN ZUM SCHWEIGEN ZU BRINGEN

Nicht nur in Sierra Leone werden SOCFIN Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt. NGOs berichten auch über Landraub in Kamerun⁵⁰, Kambodscha⁵¹ und Nigeria⁵², stets gefolgt von Umweltverschmutzung und Unterdrückung von Dorfbewohner*innen, die versuchen, zu ihrem Recht zu kommen.

Das agrarindustrielle Unternehmen SOCFIN wurde ursprünglich während der Kolonialzeit in Belgien gegründet, ist in Luxemburg registriert und gehört dem belgischen Geschäftsmann Hubert Fabri (54,2% der Aktienanteile) und dem französischen Unternehmer Vincent Bollore (39% der Aktienanteile). Die Eigentumsstrukturen des Konzerns sind äußerst komplex – zahlreiche Niederlassungen sind in 10 verschiedenen Ländern in Afrika und Asien aktiv und besitzen insgesamt 192.900 Hektar an Palmöl- und Kautschukplantagen.

SOCFIN ist für seine aggressiven Strategien gegenüber Kritiker*innen bekannt. In 2018 initiierte SOCFIN eine so genannte SLAPP-Klage (*Strategic Lawsuit against Public Participation*; dt. Strategische Klage gegen die Partizipation der Öffentlichkeit)⁵³ gegen eine Gruppe von französischen NGOs und Journalist*innen⁵⁴. Im gleichen Jahr folgte später noch eine vergleichbare Klage gegen eine Gruppe von belgischen NGOs⁵⁵. Seit 2009 leitete das Unternehmen mehr als 20 Verleumdungsklagen ein, hauptsächlich gegen Artikel europäischer Journalist*innen oder NGOs über SOCFIN oder Bollore⁵⁶.

Betroffene Dorfbewohner*innen, die vor Ort gegen den Landraub protestieren, berichten oft, dass sie Repressionen durch das Unternehmen selbst und/oder den Staat ausgesetzt sind, der den transnationalen Konzern schützt. In Sierra Leone haben sich die Opfer in dem Verband MALAO (*Malen Affected Land Owners and Land Users Association*; dt. Verband der betroffenen Landeigentümer und -nutzer in Malen) zusammengeschlossen und bei den regionalen Behörden und der HRC (*Human Rights Commission of Sierra Leone*; dt. Menschenrechtskommission für Sierra Leone) Beschwerde eingereicht⁵⁷. Nachdem keines dieser beiden Verfahren zu einem Ergebnis führte, begann der Verband damit, Protestaktionen zu organisieren. In Reaktion darauf wurden 6 Mitglieder von MALAO verhaftet und wegen „Zerstörung von Pflanzen im Wachstum“, „Verschwörung“ und „Anstiftung“ angeklagt. Sie wurden im Jahr 2016 verurteilt und mussten hohe Strafen zahlen.

Mit dieser Repressionsstrategie wird effektiv verhindert, dass die Opfer des Unternehmens Zugang zu Gerechtigkeit erhalten. „Es ist schlicht nicht vorstellbar, dass MALAO bei den gleichen Justizbehörden Beschwerde einlegt, die den Verband bereits X-mal wegen Ausschreitungen und Anstiftung verurteilt haben“, erklärt Florence Kroff von FIAN Belgium.



Ein Lastwagen voller Ölpalmen – FIAN Belgium

DER VERSCHLUNGENE PFAD ZUR GERECHTIGKEIT

Die Repressionen auf nationaler Ebene haben den Zugang zu Gerechtigkeit in Sierra Leone und anderen Ländern, in denen SOCFIN unternehmerisch tätig ist, bereits aktiv blockiert. Daher haben europäische NGOs diverse Gerichtsverfahren in den Heimatländern von SOCFIN eingeleitet, die sich gegen den Mutterkonzern und seine Niederlassungen richten, die im Ausland Schaden verursachen. Diese Prozesse wurden durch die verschachtelten Eigentumsstrukturen des Konzerns kompliziert.

Im Jahr 2015 leitete eine Gruppe von 80 Bauern und Bäuer*innen aus Kambodscha in Frankreich ein Verfahren gegen die Bolloré-Gruppe vor dem Bezirksgericht in Nanterre ein⁵⁸. In 2019 brachte eine Gruppe von belgischen und französischen NGOs die Bolloré-Gruppe vor das gleiche Gericht. Sie klagten, weil Bolloré, der zweitgrößte Anteilseigner von SOCFIN, sich weigerte einen Aktionsplan umzusetzen, auf den man sich 2013 vor der französischen Nationalen Kontaktstelle der OECD geeinigt hatte⁵⁹. Dem war eine Beschwerde wegen Auswirkungen auf die Rechte von Gemeinwesen vor Ort gegen Socapalm vorausgegangen, die SOCFIN-Niederlassung in Kamerun. Von der Bolloré-Gruppe wurde nun verlangt, dass Socapalm den Plan **zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in den betroffenen Gemeinwesen implementieren müsse**. Beide Verfahren laufen noch immer.

Der Fall aus dem Jahr 2019 zeigt klar auf, dass der juristisch nicht bindende Beschwerdemechanismus der OECD dysfunktional ist. Zum Abschluss einer langen Prozedur, die bereits mit einer Beschwerde im Jahr 2010 ihren Anfang nahm, auf die Jahre der Mediation mit dem Unternehmen folgten, eignete man sich schließlich in 2013 mit Socapalm auf einen freiwilligen Aktionsplan. Doch als Socapalm sich schlicht weigerte, diesen Aktionsplan umzusetzen, waren die beteiligten NGOs letztendlich gezwungen, Rechtsmittel einzulegen und die Implementierung einzuklagen.

In 2019 schlugen drei NGOs aus den Niederlanden, Liberia und Indonesien einen anderen Weg ein, um Gerechtigkeit für die Opfer von SOCFIN zu erhalten: Sie legten Beschwerde gegen die niederländische Bank ING ein, einen der Finanziers von SOCFIN. Diese Beschwerde wurde von der niederländischen Nationalen Kontaktstelle angenommen und befindet sich derzeit in Bearbeitung.

FAMILIEN LEIDEN WEITER, WÄHREND SIE WARTEN

Die Situation der Menschen im Stammesfürstentum Malen hat sich nicht verbessert. Opfer warten auf Gerechtigkeit, während sich Gerichtsverfahren und Beschwerdemechanismen über Jahre hinziehen, bis sie zu einem Ergebnis kommen. „Das ganze Land ist jetzt eine einzige Plantage. Alles ist besetzt“, sagt Fassie Vandy, ein Maniok-Bauer aus dem Dorf Bannaleh⁶⁰. „Ich will, dass sie für meine Plantage bezahlen, die sie zerstört haben. Ich verlange, dass die Expansion des Unternehmens endet und sich nicht auf weitere Ländereien ausdehnt.“

„Wir haben aufgrund der Investitionen von SOCFIN unsere Lebensgrundlagen verloren und Demütigungen erlitten. Wir wurden kriminalisiert, weil wir uns gegen die Menschenrechtsverletzungen ausgesprochen haben, die ein Merkmal des Grundstücksgeschäfts in Malen sind. Wir leiden weiterhin still“, heißt es in einem Brief von MALAO an den Stabschef des Staatspräsidenten von Sierra Leone⁶¹.

„WIR HATTEN RUND 24 HEKTAR MIT PALMEN, ABER NACH DER LANDVERMESSUNG MEINTEN SIE PLÖTZLICH, ES SEIEN NUR ETWA 4.“

- EIN EINWOHNER VON GANDORHUN TOWN, 2018



Bewohner*innen von Malen protestieren gegen SOCFIN – FIAN Belgium



JURISTISCHE ANALYSE

- **Mit einem Gesetz zur obligatorischen Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht im Hinblick auf Menschenrechte und Umweltschutz mit starken Durchsetzungsmechanismen** hätte man von SOCFIN fordern können, die Anwohner*innen in angemessenem Umfang zu konsultieren und die Notwendigkeit einer freien, vorherigen und informierten Zustimmung sowie faire Entschädigungszahlungen zu berücksichtigen.
- **Dieser Fall verdeutlicht, wie wichtig der Zugang zur Gerichtsbarkeit** in Situationen wie der vorliegenden ist. Außergerichtliche Verfahren wie der Beschwerdemechanismus der OECD haben sich hier als ineffektives Mittel zur Behebung von Rechtsverstößen erwiesen, da das Unternehmen sich schlicht weigerte, die getroffenen Vereinbarungen umzusetzen.
- **Die komplexe Konzernstruktur von SOCFIN erschwert es den Opfern, sich in juristischen Auseinandersetzungen zu den vermeintlichen Menschenrechtsverletzungen durchzusetzen.** Obwohl einige Verfahren noch laufen, gab es bereits diverse Klagen gegen SOCFIN in diversen Foren, die jedoch bis heute nicht angemessen für Abhilfe sorgen konnten. Die Tatsache, dass die Niederlassung des Konzerns in Kamerun zum Teil der kamerunischen Regierung gehört, stellt eine weitere Herausforderung dar, da sich die Regierung im Falle einer Klage auf ihre staatliche Immunität berufen könnte.
- **Ein mHREDD-Gesetz muss daher Bestimmungen beinhalten, die den Mutterkonzern für die von seinen Niederlassungen angerichteten Schäden in die Haftung nehmen.** Die Beweislast dafür, dass SOCFIN keinen Einfluss auf und keine Kontrolle über seine Niederlassungen oder Auftragnehmer hat, sollte beim Konzern liegen.
- Aufgrund des unzureichenden juristischen Systems im Gastgeberland sollte die EU sicherstellen, dass die Gerichtsbarkeit in solchen Fällen bei Gerichten innerhalb der EU liegt. In Sierra Leone stellte die Regierung nicht sicher, dass die Bevölkerung auf angemessene Art und Weise konsultiert wurde. Als die Opfer mit ihren Beschwerden bei den Behörden vor Ort und der Menschenrechtskommission für Sierra Leone (HRC) keinen Erfolg hatten, organisierten sie Proteste, auf die die Regierung reagierte, indem sie die Opfer hinter Gitter brachte und ihnen hohe Strafzahlungen auferlegte.
- Landwirtschaftliche Gemeinwesen in Ländern wie Sierra Leone und Kamerun können es sehr schwer haben, Entschädigungen einzufordern, da ihre Rechte von den Gerichten vor Ort oft nicht anerkannt oder nicht durchgesetzt werden. **Es ist wichtig, dass EU-Gerichte auch EU-Recht anwenden können, wenn das juristische System des Gastgeberlandes keine angemessene Abhilfe vorsieht oder die Umwelt und die Menschenrechte nicht ausreichend schützt.**

DER UNGLEICHE KAMPF INDONESISCHER FISCHER*INNEN GEGEN AUSBAGGERUNGEN

Im Juli 2020 blockierten hunderte von kleinen Fischer*innenbooten das riesige Schiff Queen of the Netherlands vor der Küste von Makassar, der Hauptstadt der Insel Sulawesi in Indonesien. „Geht weg, wir haben nichts mehr zu essen“, riefen die Fischer*innen bei ihrem Versuch, das Schiff zu stoppen, damit nicht noch mehr ihrer Fischereigründe zerstört wurden⁶².



Die Fischer*innen in Makassar protestieren gegen den Sandabbau durch den niederländischen Schwimmbagger-Betreiber Boskalis im Rahmen der Hafenerweiterung⁶³. „**Wir Fischer sind wütend über die Aktivitäten von Boskalis, denn unsere Einnahmen sind zurückgegangen, das Wasser ist trübe und der Wellengang ist hoch**“, erklärt der Fischer Zakia⁶⁴.

Boskalis behauptet, dass Fonds eingerichtet wurden, um die Fischer*innen für den Verlust ihrer Fischereigründe zu entschädigen. Die betroffenen Fischer*innen, insbesondere jene auf der Insel Kodingareng, wussten allerdings nichts von der Existenz dieser Fonds und wurden niemals von Boskalis über die potenziellen Auswirkungen des Projektes informiert⁶⁵. So wurden sie überrascht, als plötzlich die ersten riesigen Baggerschiffe in ihren Fischgründen auftauchten.

Europäische Schwimmbaggerfirmen verursachen nicht nur in Indonesien Schäden an Ökosystemen und Fischereigründen, sondern auch in vielen anderen Ländern auf der ganzen Welt⁶⁶. Als niederländische Journalist*innen über die zweifelhaften Auswirkungen des Projektes berichteten, verwies Boskalis auf den einheimischen Inhaber der Sandkonzession⁶⁷ – dieser sei für eine Analyse der potentiellen umweltrelevanten und sozialen Auswirkungen des Projektes verantwortlich. Diese Methode wird von Schwimmbaggerfirmen häufig praktiziert, um sich ihrer eigenen Verantwortung gegenüber den einheimischen Gemeinwesen zu entziehen.

DAS JUSTIZSYSTEM IN INDONESIA LÄSST DIE FISCHER*INNEN IM STICH

Der Konflikt zwischen Boskalis und den Fischer*innen von Makassar geht bis ins Jahr 2014 zurück, als die Regierung 40 Familien gewaltsam von ihrem Land vertrieb, um Platz für ein früheres Landgewinnungsprojekt des niederländischen Schwimmbaggerbetreibers zu schaffen⁶⁸. Dieses Projekt, von der niederländischen Regierung über die Exportkreditagentur Atradius gefördert, führte zu Küstenerosion und einem dramatischen Rückgang der Fischbestände.

Die Fischer*innen wurden niemals in die Entwicklungsphase dieses Projektes einbezogen oder für ihre Verluste entschädigt⁶⁹. Die Organisation WAHLI, Friends of the Earth Indonesia, leitete aufgrund von illegal erteilten Sandkonzessionen mehrere Gerichtsverfahren gegen die Bezirksregierung ein, verlor aber sämtliche Prozesse⁷⁰. In 2017 wurde das Projekt abgeschlossen und ließ die Fischer*innen ohne Entschädigung für ihre Verluste zurück⁷¹.

Als Boskalis 2020 in die Region zurückkehrte – diesmal um das Projekt Makassar Newport abzuschließen, das von dem belgischen Schwimmbaggerunternehmen Jan de Nul begonnen wurde – entschieden sich die Fischer*innen, nicht erneut den langen und fruchtlosen Weg über die juristischen Instanzen zu beschreiten, sondern zu direkteren Mitteln zu greifen: Um weitere Schäden zu verhindern, blockierten sie die riesigen Baggerschiffe mit ihren kleinen Booten. Die niederländische Umweltschutzorganisation Both Ends wandte sich an ein niederländisches Gericht, um Zugang zur Dokumentation der sozialen und umweltrelevanten Auswirkungen des Projekts zu erhalten, allerdings ohne Erfolg⁷². Die Fischer*innen setzen tapfer ihre Proteste fort, obwohl sie nun Gefahr laufen, kriminalisiert zu werden⁷³.

ERFOLGREICHER REGIONALER WIDERSTAND IN JAKARTA

Die Fischer*innen von Makassar haben sich ein Beispiel an der Fischer*innengemeinde von Jakarta genommen. In Jakarta leisteten die Fischer*innen mit Erfolg jahrelang Widerstand gegen ein kontroverses Landgewinnungsprojekt in der Bucht von Jakarta, das 17 künstliche Inseln umfassen sollte. Letztendlich wurden nur vier dieser Inseln tatsächlich erbaut⁷⁴.

Die Bucht von Jakarta ist der traditionelle Fischgrund für 10.000 kleine Fischer*innen. Während der Ausbaggerungen für das Landgewinnungsprojekt wurde das Wasser so stark getrübt, dass die Fischer*innen ihre Aktivitäten komplett einstellen mussten. „**Es gibt zu viel Schlamm, darin lebt nichts**“, sagte damals ein Fischer*innen⁷⁵.

Eine Studie aus dem Jahr 2016 **schätzte die von den Ausbaggerungsaktivitäten in der Bucht von Jakarta verursachten Verluste der Fischer*innen auf 207 Milliarden IDR pro Jahr (das entspricht 12 Millionen EUR)**⁷⁶. Und in dieser Schätzung waren die Verluste jener Fischer*innen noch gar nicht enthalten, die in den Regionen tätig waren, in denen der Sand abgebaut wurde⁷⁷.

An diesem Projekt waren drei europäische Schwimmbaggerfirmen beteiligt: Boskalis und Van Oord aus den Niederlanden und die Jan de Nul-Gruppe aus Belgien. Alle drei Unternehmen entzogen sich der Verantwortung, indem sie die Fischer*innen nicht um eine freie, vorherige und informierte Zustimmung ersuchten und keine ausreichende Entschädigung für den angerichteten Schaden zur Verfügung stellten.

EUROPÄISCHE UNTERNEHMEN ENTZIEHEN SICH DER VERANTWORTUNG

In Reaktion auf Kritik an den Auswirkungen des Projektes auf die Fischer*innen in der Bucht von Jakarta entgegneten Boskalis und Van Oord, man habe sich darauf geeinigt, dass der indonesische Bauträger verantwortlich sei, und dass sich die Fischer*innengemeinden daher an diesen wenden sollten⁷⁸. Die Jan de Nul-Gruppe antwortete überhaupt nicht auf entsprechende Informationsanfragen von Journalist*innen und NGOs⁷⁹.

Im Mai 2016 erging ein Erlass des Indonesischen Ministers für Umwelt und Forstwirtschaft, die Arbeiten an den künstlichen Inseln in der Bucht von Jakarta umgehend auszusetzen⁸⁰. Das Ministerium war zu dem Schluss gekommen, dass die Fischer*innen niemals in die Projektplanung einbezogen wurden, dass die beteiligten Unternehmen gegen die Bestimmungen ihrer Konzessionen verstoßen hatten und dass die Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht ordnungsgemäß erfolgt waren.

Offenbar hatten sich die Schwimmbaggerbetreiber auf Geschäftsbeziehungen mit privaten Bauträgern eingelassen, deren Umweltmanagement nicht den einschlägigen Bestimmungen entsprach. Der private Bauträger einer Insel war sogar in einen Korruptionsfall verwickelt: Er hatte eine Bestechungssumme in Höhe von 130.000 EUR gezahlt, um die Raumplanungsvorschriften für eine der Inseln zu umgehen. Sowohl der Geber als auch der Empfänger der Bestechungssumme wurden verurteilt⁸¹.

Die Fischer*innen in der Bucht von Jakarta haben erlebt, dass ihr Protest zum Erfolg führte, doch die Fischer*innen von Makassar befinden sich immer noch mitten in ihrem Kampf um Gerechtigkeit. „**Wir haben fünf Protestaktionen durchgeführt, aber das Unternehmen und die Regierung haben das ignoriert. Wir fordern die Regierung auf, die Aktivitäten von Boskalis zu stoppen**“, erklärt Zakia⁸².



Frauen protestieren gegen Boskalis – WAHLI South Sulawesi

207 MILLIARDEN IDR
(12 MILLIONEN EUR)

JÄHRLICHER VERLUST DER FISCHER*INNEN
AUFGRUND VON AUSBAGGERUNGS-AKTIVITÄTEN

„WIR HABEN FÜNF PROTESTAKTIONEN
DURCHFÜHRT, ABER DAS
UNTERNEHMEN UND DIE REGIERUNG
HABEN DAS IGNORIERT. WIR FORDERN
DIE REGIERUNG AUF, DIE AKTIVITÄTEN
VON BOSKALIS ZU STOPPEN“

- ZAKIA, FISHERMAN OF JAKARTA BAY



Kinder protestieren gegen Boskalis – WALHI South Sulawesi



JURISTISCHE ANALYSE

- Von den Schwimmbaggerfirmen aus der EU hätte vor Aufnahme der Operationen die Durchführung eines mHREDD-Verfahrens gefordert werden sollen. Ein obligatorisches Gesetz mit stringenter Durchsetzung und Strafen bei Nicht-Einhaltung hätte die Unternehmen dazu verpflichtet zu überprüfen, ob der einheimische Bauträger, mit dem sie eine Vertragsbeziehung eingegangen sind, die betroffenen Gemeinwesen in angemessener Weise konsultiert hat, und ob es ausreichende Entschädigungen gab bzw. ob überhaupt welche gezahlt wurden.
- Doch selbst wenn ein Unternehmen ein Due Diligence-Verfahren entlang seiner globalen Wertschöpfungskette durchführt, sollte es dennoch für die Menschenrechtsverletzungen haften, zu denen es kommt, wenn der Due Diligence-Prozess solche Verstöße nicht erfolgreich verhindert.
- Für die Oper ist es vor dem Hintergrund komplexer Liefer- und Wertschöpfungsketten schwer, eine solche Haftung zu begründen, insbesondere wenn die betroffenen Unternehmen ganz unverhohlen versuchen, sich von den Aktivitäten ihrer eigenen Niederlassungen oder Auftragnehmer zu distanzieren. Für die Fischereigemeinden ist es schwierig, wenn nicht gar unmöglich, zu beweisen, dass die Auftragnehmer auf Geheiß und unter Kontrolle der europäischen Unternehmen gehandelt haben. Die Grundannahme sollte daher sein, dass die betroffenen europäischen Konzerne die Kontrolle über ihre Niederlassungen und andere Unternehmen entlang ihrer globalen Wertschöpfungskette haben und somit auch dafür verantwortlich sind, sicherzustellen, dass ihre Auftragnehmer die Menschenrechte respektieren.
- Zugang zur EU-Gerichtsbarkeit zu schaffen ist wichtig, da es für Opfer sehr schwer sein kann, in ihrem Heimatland Gerechtigkeit zu erhalten. Bislang haben weder die indonesische Zentralregierung noch die Bezirksregierung angemessen auf die Umweltschäden reagiert, die durch unautorisierte Ausbaggerungen entstanden sind. Die indonesische Zentralregierung hat die Ausbaggerungen in Reaktion auf Proteste zwar vorübergehend gestoppt, aber solche reaktiven und temporären politischen Entscheidungen sind kein Ersatz für eine starke Binnengesetzgebung und Haftungsregelungen, an denen es den indonesischen Regierungen mangelt.
- EU-Gerichte sind in der Regel angehalten, in Fällen wie dem vorliegenden die gesetzlichen Regelungen des „Gastgeberlandes“ anzuwenden. Doch diese bieten oft keinen angemessenen Schutz der Menschenrechte und der Umwelt. Gemäß indonesischem Recht ist es unklar, ob der Anspruch der Fischer*innen auf Zugang zu den Fischereigründen zwecks Sicherung des Lebensunterhaltes anerkannt würde. Daher muss es EU-Gerichten freigestellt werden, EU-Gesetze und EU-Standards anzuwenden, um für eine angemessene Abhilfe zu sorgen.
- Dieser Fall zeigt außerdem, dass die EU in Erwägung ziehen sollte, Gerichte mit der Befugnis auszustatten, zerstörerische Aktivitäten temporär zu unterbinden, bis ein Verfahren entschieden ist. Auch wenn es den Opfern möglicherweise gelingt, vor EU-Gerichten Klage wegen Umweltschädigungen zu erheben, können solche Gerichtsverfahren langwierig und kostenintensiv sein – und in der Zwischenzeit könnte das betroffene Ökosystem vollständig zerstört werden.

FAZIT



*Fischer*innen am Strand von Palma – Ike Teuling*

Nun da wir mit drängenden globalen Herausforderungen wie Covid-19 und ökologischen Krisen ringen, müssen wir neue Regelungen schaffen, damit Unternehmen nicht länger straffrei bleiben, die für ihren Profit gesellschaftliche Werte wie Nachhaltigkeit und Solidarität von sich weisen.

Die Fälle in diesem Bericht zeigen, warum **wir in der EU dringend eine obligatorische Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz (mHREDD) benötigen**. Eine strenge Durchsetzung eines solchen Gesetzes mit Strafzahlungen und Sanktionen bei Nicht-Einhaltung hätte die Unternehmen, von denen in diesem Bericht die Rede ist, unter Druck gesetzt und ihnen Anreize gegeben, die vorgeschriebenen Verfahren einzuhalten.

Es hätte dazu führen können, dass die Fraport Menschenrechtsverletzungen bei der Umsiedlung des Gemeinwesens von Nazaré erkannt und darauf reagiert hätte. In Jakarta hätte es möglicherweise die belgischen und niederländischen Schwimmbaggerbetreiber dazu drängen können zu überprüfen, ob ihre Auftragnehmer die einheimische Fischereigemeinde konsultiert hatten. Es hätte SOCFIN dazu bewegen können, sich zu versichern, dass die Menschen aus der Region Malen eine angemessene Entschädigung dafür erhalten haben, dass sie von ihrem Land vertrieben wurden. Möglicherweise hätte es Shell dazu gebracht, in eine bessere Wartung seiner verrosteten Pipelines zu investieren und so die toxische Verschmutzung des Nigerdeltas zumindest teilweise verhindert.

Allerdings hätte mHREDD allein möglicherweise diese Schäden gar nicht verhindert. Eine Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht für sich genommen garantiert noch nicht, dass Unternehmen es vermeiden, Menschenrechtsverletzungen zu verursachen oder dazu beizutragen – und allein die Tatsache, dass ein Unternehmen seinen Due Diligence-Verpflichtungen nachgekommen ist, sollte es noch nicht aus der Haftung entlassen. **Ein entsprechendes EU-Gesetz muss Bestimmungen beinhalten, die europäische Unternehmen stärker für angerichtete Schäden in die Haftung nehmen, selbst wenn sie ein Due Diligence-Verfahren durchgeführt haben.** So können wir sicherstellen, dass die Unternehmen proaktiv daran arbeiten werden, Rechtsverstöße zu verhindern.

Betrachten wir z.B. den Fall der Umweltverschmutzung im Nigerdelta durch Shell. Der Shell-Konzern verfügt über eigene Due Diligence-Richtlinien in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz und wurde außerdem von der UNO mit Nachdruck aufgefordert, die Verschmutzungen in der Region zu beseitigen. Jedoch ignorierte der Konzern sowohl seine eigenen Richtlinien als auch die Forderungen der UNO und weigerte sich wiederholt, Abhilfe für die angerichteten Schäden zu schaffen. Stattdessen entschied sich Shell dafür, seine immensen Ressourcen lieber in die Verzögerung von Gerichtsverfahren und die Verhinderung von Gerechtigkeit für die Opfer zu investieren.

Die Misere der Gemeinwesen in Mosambik und Sierra Leone zeigt, dass alternative, „nicht juristische“ Abhilfemechanismen nicht funktionieren. Über die unternehmenseigenen Streitschlichtungsmechanismen der transnationalen Konzerne ist es den Opfern dort bislang nicht gelungen, Entschädigungen zu erhalten. Das Schaffen von Gerechtigkeit kann nicht den freiwilligen unternehmerischen Richtlinien zur sozialen Verantwortung und einer Alibi-Due Diligence überlassen werden, die nichts als bloße Pflichtübungen sind. **Der Schlüssel zu einer wirklichen Verhinderung und Wiedergutmachung von Schäden ist es, die betroffenen Gemeinwesen vor Ort zu ermächtigen, sodass sie Großunternehmen vor Gericht zur Rechenschaft ziehen können.**

Um entlang globaler Wertschöpfungsketten Gerechtigkeit zu erlangen, muss es Opfern ermöglicht werden, juristische Verfahren gegen alle relevanten Unternehmen einzuleiten. Und zwar am richtigen Ort und zu den fairsten Regeln. Doch die Realität ist heute weit davon entfernt. Stattdessen haben wir ein perverses internationales System, das oft verhindert, dass diese Bedingungen erfüllt werden.

Die relevanten Unternehmen sind jene, die über die Macht und die Ressourcen zur Wiedergutmachung von Schäden verfügen und die auch in letzter Instanz dafür verantwortlich sind. Transnationale Konzerne bestehen jedoch mit voller Absicht aus einem komplex geknüpften Netz von Organisationsstrukturen und -einheiten, das es den Opfern sehr schwer macht herauszufinden, wie und wo Entscheidungen eigentlich getroffen werden.

Shell hat eine Niederlassung in Nigeria gegründet, um gegen Profit Öl zu fördern, und behauptete anschließend, der Konzern sei nicht verantwortlich für die Aktionen dieser Tochter. Der transnationale Ölmulti Total verfügt in Mosambik über ein ähnliches Mutter-Tochter-Arrangement und das Gleiche gilt für den deutschen Logistikriesen Fraport, der seine Tochter in Brasilien zu dem einzigen Zweck gegründet hat, den Flughafen auszubauen. Der belgische agroindustrielle Konzern SOCFIN ist ein Meister darin, sein unfassbar komplexes Netz an Eigentümerstrukturen zu nutzen, um sich Verantwortlichkeiten zu entziehen.

Um solche Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen, müssen die Opfer erst einmal das komplexe Netz an Eigentümerstrukturen entwirren, um zu beweisen, dass der Mutterkonzern die Niederlassung kontrolliert. Da es keine Regelungen gibt, die Unternehmen zur Herausgabe von Dokumenten zwingen, ist es Opfern mit geringen finanziellen Ressourcen oft nicht möglich, diese Beweislast zu tragen. Und noch schwieriger wird es, eine Haftung zu begründen, wenn sich die Geschäftsbeziehung an einem weiter entfernten Punkt der Wertschöpfungskette befindet, so wie im Fall der Fischereigemeinden von Jakarta, die nicht beweisen konnten, dass die Bauträger in Indonesien auf Geheiß und unter Kontrolle der europäischen Konzerne handelten.

Ein EU-Haftungsgesetz muss diese Beweislast umkehren und sicherstellen, dass Gerichte in solchen Fällen von der Grundannahme ausgehen, dass ein Konzern für den Schaden haftet, den seine Niederlassungen oder andere Geschäftspartner entlang seiner globalen Wertschöpfungskette anrichten.

Der richtige Ort um einen solchen Fall vor Gericht zu bringen ist jene Gerichtsbarkeit, in der die Opfer die besten Chancen haben, wirkliche Gerechtigkeit zu erhalten. **Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Opfer die Option haben, innerhalb der EU vor Gericht zu ziehen**, da die Justizsysteme in ihren Heimatländern, in denen die Schäden angerichtet werden, oft weder über die Kapazitäten noch über die Möglichkeiten verfügen, für Gerechtigkeit zu sorgen.

Bürgerrechts- und Umweltschutzgesetze haben viele Lücken. Sogar dann, wenn die Opfer einen Prozess vor einem Gericht in ihrem Heimatland gewinnen, ist das Justizsystem in diesem Land möglicherweise nicht in der Lage, das Urteil auch durchzusetzen – siehe Shells Weigerung, sich an die Entscheidungen der nigerianischen Gerichte zu halten. **Diejenigen, die für Menschenrechte und die Umwelt eintreten, können außerdem von der Staatsmacht durch Einschüchterung und Gewalt zum Schweigen gebracht werden**, wie die Menschen aus dem Stammesfürstentum Malen, die in Sierra Leone um Gerechtigkeit kämpfen.

Darüber hinaus verfügen manche Nationalregierungen über Geschäftsbeziehungen mit den Konzernen, so wie im Falle des nigerianischen Staates und der Shell-Niederlassung, was Interessenkonflikte und den Hang zu Korruption verschärfen kann. Solche Konstrukte können außerdem Täter von der Haftung abschirmen: Die Regierung von Kamerun ist Anteilseigner an der kamerunischen SOCFIN-Niederlassung und könnte sich im Falle einer Klage auf ihre staatliche Immunität berufen.

Bei internationalen Zivilklagen müssen die EU-Gerichte in der Regel das Recht des so genannten Gastgeberlandes anwenden (also des Landes, das „Gastgeber“ des EU-Konzerns ist, in dem die Opfer leben und in dem der Schaden entstanden ist). Doch die Gesetze des Gastgeberlandes bieten oft keine Aussicht auf Abhilfe. So erkennt z.B. die Gerichtsbarkeit der jeweiligen Heimatländer den Anspruch auf Grundeigentum der Bewohner*innen von Nazaré in Brasilien oder der landwirtschaftlichen Gemeinwesen in Sierra Leone nicht an. Gemäß indonesischem Recht haben die Fischer*innen von Jakarta möglicherweise keinen eindeutigen Anspruch auf Zugang zu ihren Fischgründen. Und da EU-Gerichte aktuell daran gebunden sind, das Recht dieser Länder anzuwenden, könnten sie gezwungen sein, Entschädigungen zu verweigern. **Vor diesem Hintergrund muss ein EU-mHREDD-Gesetz Bestimmungen beinhalten, die den EU-Gerichten die Freiheit geben, EU-Recht anzuwenden.** So würde sichergestellt, dass die EU-Standards in Bezug auf Umweltschutz und Menschenrechte auf EU-Konzerne angewendet werden, die im Ausland tätig sind.

Dieser Bericht legt den Schwerpunkt auf die Verhinderung von und Abhilfe bei Verstößen von Unternehmen gegen Menschenrechte und Umweltschutz. Er bestätigt, **dass ein EU-mHREDD-Gesetz, sofern es Bestimmungen beinhaltet, die EU-Unternehmen vor EU-Gerichten für Schäden zur Rechenschaft ziehen, die entlang der globalen Wertschöpfungsketten dieser Unternehmen angerichtet werden, Opfer dazu ermächtigen könnte, Gerechtigkeit zu erfahren und sich vor zukünftigen Schäden zu schützen.** Außerdem könnte es eine starke abschreckende Wirkung auf Unternehmen entfalten.

Dabei ist es jedoch wichtig, im Kopf zu behalten, dass Due Diligence kein Selbstzweck ist, sondern ein Werkzeug, das auf eine Anforderung an Unternehmen hinausläuft, Richtlinien zu entwickeln, wie Schäden zu verhindern sind bzw. wie darauf reagiert werden kann. Sie ist eine Basis, aber kein Schutzschild: Due Diligence garantiert nicht, dass ein Unternehmen alles in seiner Macht stehende unternimmt, um Schäden zu verhindern. Eine Haftung für Schäden zu begründen bedeutet, dass Unternehmen ihren Opfern auch dann Schadenersatz zahlen müssen, wenn sie ihre eigenen Due Diligence-Richtlinien in Bezug auf Menschenrechte angewendet haben. Wenn Gerichte betrachten, ob ein Unternehmen ganz allgemein seiner Sorgfaltspflicht gegenüber denjenigen nachgekommen ist, die von den Auswirkungen seiner wirtschaftlichen Aktivitäten betroffen sind, können sie auch überprüfen, ob und welche Due Diligence-Verfahren durchgeführt wurden, doch dies sollte nicht die primäre Erwägung sein.

Due Diligence-Verpflichtungen in der EU dürfen nicht zu einem Schutzschild gegen Haftung oder einem Ersatz für Abhilfe werden. Wenn eine Haftung nur noch dadurch begründet wird, dass Unternehmen ihren Due Diligence-Verpflichtungen nicht nachgekommen sind – und nicht mehr durch tatsächlich angerichtete Schäden – riskiert man, eine „Du kommst aus dem Gefängnis frei“-Karte für die Wirtschaft zu erschaffen. Schlimmer noch, man würde den Opfern einen Bärendienst erweisen und ihnen ihren Anspruch rauben, Gerechtigkeit zu suchen.

Ein Strafgesetz, das mächtige Vorstände direkt in die Verantwortung nimmt, würde zwar nicht für die Entschädigung der Opfer sorgen, aber es könnte die Macht der Gerichtsbarkeit, Unternehmen von Menschenrechtsverletzungen abzuschrecken, erheblich erhöhen. Dieser Bericht beschränkt sich auf das Thema der zivilrechtlichen Haftung und hat nicht untersucht, wie Verstöße wie die vorhergehend geschilderten strafrechtlich verfolgt werden könnten, doch ist dies ein wichtiger Aspekt, der durchaus näher betrachtet werden sollte.



Häuser in Vila Nazaré werden umgehend nach der Zwangsräumung der Familien zerstört –
Luíza Dorneles

Zusammenfassend gesagt zeigt dieser Bericht, wie ein EU-mHREDD-Gesetz, sofern es Bestimmungen beinhaltet, die Mutterkonzerne vor EU-Gerichten haftbar machen, Rechtssubjekte ermächtigen, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden verhindern und/oder Abhilfe schaffen könnte. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, muss ein solches Gesetz einige Schlüsselemente beinhalten:

DIE EU MUSS EIN GESETZ ZUR OBLIGATORISCHEN SORGFALTS- UND RECHENSCHAFTSPFLICHT IN BEZUG AUF MENSCHENRECHTE UND UMWELTSCHUTZ VORLEGEN, DAS ZIVILRECHTLICHE HAFTUNGSBESTIMMUNGEN BEINHALTET.

- Ein EU-Gesetz zur Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz sollte die Unternehmen verpflichten, Schadensrisiken im Zusammenhang mit ihren geschäftlichen Aktivitäten und entlang ihrer globalen Wertschöpfungsketten **zu identifizieren und zu mindern**, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Schäden **zu verhindern und Abhilfe zu schaffen**, die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu **überprüfen** und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse zu **informieren**.
- Für den Fall, dass ein Unternehmen seinen Due Diligence-Verpflichtungen nicht nachkommt, sollte die EU angemessene, effektive und abschreckende **Bußgeldzahlungen und Sanktionen** vorsehen.
- Unternehmen sollten dafür **haften, wenn sie keine Due Diligence-Verfahren durchführen**. Dies darf sie jedoch nicht aus der davon unabhängigen Haftung für Schäden entlassen.
- **Wirtschaftsunternehmen müssen für Schäden haften, die durch ihre eigene Geschäftstätigkeit verursacht werden, sowie für die von jenen Unternehmen, die von ihnen kontrolliert werden oder kontrollierbar und/oder Glieder ihrer globalen Wertschöpfungsketten sind.**

UM DIE CHANCE DER OPFER ZU VERBESSERN, UNTERNEHMEN FÜR SCHÄDEN HAFTBAR ZU MACHEN:

- **Mutterkonzerne müssen für Schäden haftbar sein**, die sie selbst oder ein von ihnen kontrolliertes oder kontrollierbares Unternehmen durch Unterlassungsakte oder bewusst verursachen oder zu denen sie beitragen.
- **Darüber hinaus müssen Unternehmen haftbar für Schäden sein, die durch Operationen entlang ihrer globalen Wertschöpfungsketten entstehen, sofern sie nicht nachweisen können, dass sie ihrer gebotenen Sorgfaltspflicht nachgekommen sind** und alle in ihrer Macht stehenden Mittel ergriffen haben, um diese Schäden zu verhindern.
- **Es sollte a priori angenommen werden, dass Konzerne Kontrolle über oder Einfluss auf** eine Niederlassung oder andere Unternehmen entlang ihrer globalen Wertschöpfungskette haben bzw. dass es im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegt, innerhalb einer Geschäftsbeziehung Kontrolle oder einen entscheidenden Einfluss auszuüben.^[1]
- Unternehmen und Unternehmenseinheiten, die von Konzernen kontrolliert werden oder kontrollierbar sind, **haften gesamtschuldnerisch** für die angerichteten Schäden.
- **Bei der Begründung von Haftung darf Due Diligence nicht der primäre Faktor sein, sondern nur einer von vielen Faktoren^[2], die ein Gericht betrachten sollte, wenn es feststellt, ob ein Unternehmen seiner allgemeinen Sorgfaltspflicht nachgekommen ist.**
- Wenn die Annahme einer existierenden Kontrollbeziehung angemessen widerlegt wird, sollte der Mutterkonzern dennoch haften, wenn die Niederlassung nicht mehr existiert oder – um Haftung zu vermeiden – nicht ausreichend finanziell ausgestattet wurde, oder wenn im Gastgeberland kein angemessener Rechtsweg offensteht, um zu erreichen, dass Abhilfe geschaffen wird.

- Da es eine große Herausforderung darstellt, in einem Rechtsstreit mit einem transnationalen Konzern an Beweismittel zu gelangen, **sollten in der EU Gesetze eingeführt werden, die das Auffinden und die Offenlegung solcher Beweismittel erleichtern**, indem die Opfer verbesserten Zugriff auf relevante unternehmensinterne Dokumente erhalten.
- Um finanzielle Härten abzumildern, sollte Opfern nach dem Vorbild der US-amerikanischen Class Action das Recht eingeräumt werden, eine **Sammelklage einzureichen**.
- Die EU sollte ermöglichen, dass EU-Gerichte auf **einstweilige Verfügungen** zurückgreifen dürfen und **im Sinne der Opfer eine temporäre Aussetzung zerstörerischer Aktivitäten** anordnen können, bis das endgültige Urteil gefällt ist.
- Die EU sollte klarstellen, **dass jene Gerichtsbarkeit angewendet werden sollte, die den Opfern den bestmöglichen Schutz ihrer Rechte bietet**. Die Wahl des anwendbaren Rechts sollte bei den Opfern liegen. Um dies zu erreichen, sollte **Artikel 7 der Rom-II-Verordnung erweitert werden, sodass auch Menschenrechtsverletzungen abgedeckt werden** (Artikel 7 der Verordnung besagt, dass Opfer von Umweltschäden wählen können, ob das Gericht das Recht des Staates anwendet, in dem der Schaden entstanden ist, oder aber das des Staates, in dem das Ereignis stattgefunden hat, das ursächlich für den Schaden ist).
- Die Europäische Kommission sollte eine Initiative einbringen, die Brüssel-I-Verordnung um eine Forum Necessitatis-Bestimmung zu ergänzen. Im Rahmen einer solchen Bestimmung müssten die Gerichte eines EU-Mitgliedsstaates die Gerichtsbarkeit übernehmen, sofern kein anderes Forum zur Verfügung steht, in dem ein fairer Prozess garantiert werden kann und sofern der Rechtsstreit einen ausreichenden Bezug zum fraglichen Mitgliedsstaat hat (d.h. wenn der Mutterkonzern des Beklagten seinen Sitz in diesem Mitgliedsstaat hat, dort unternehmerisch tätig ist oder dort über substantielle wirtschaftliche Interessen verfügt).

DARÜBER HINAUS:

- Muss in einem Konsultationsprozess das **Recht auf eine freie, vorherige und informierte Zustimmung** respektiert werden. Dies sollte über indigene Gemeinschaften hinaus auch für Bauern und Bäuer*innen und andere betroffene Bevölkerungsgruppen gelten.
- Sollte die EU Anti-SLAPP-Regularien verabschieden, damit investigative Journalist*innen und Verfechter*innen der Menschenrechte einfordern können, dass lästige Klagen, die von Unternehmen eingereicht werden, um Kritiker*innen mundtot zu machen, zügig abgewiesen werden.^[1]
- Um sicherzustellen, dass alle international tätigen Unternehmen rechenschaftspflichtig gemacht werden können, muss sich die EU proaktiv und konstruktiv **in UN-Verhandlungen zu einem internationalen, rechtlich verbindlichen Instrumentarium einbringen, das die Aktivitäten transnationaler Konzerne und anderer Wirtschaftsunternehmen im Rahmen der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung regelt**.

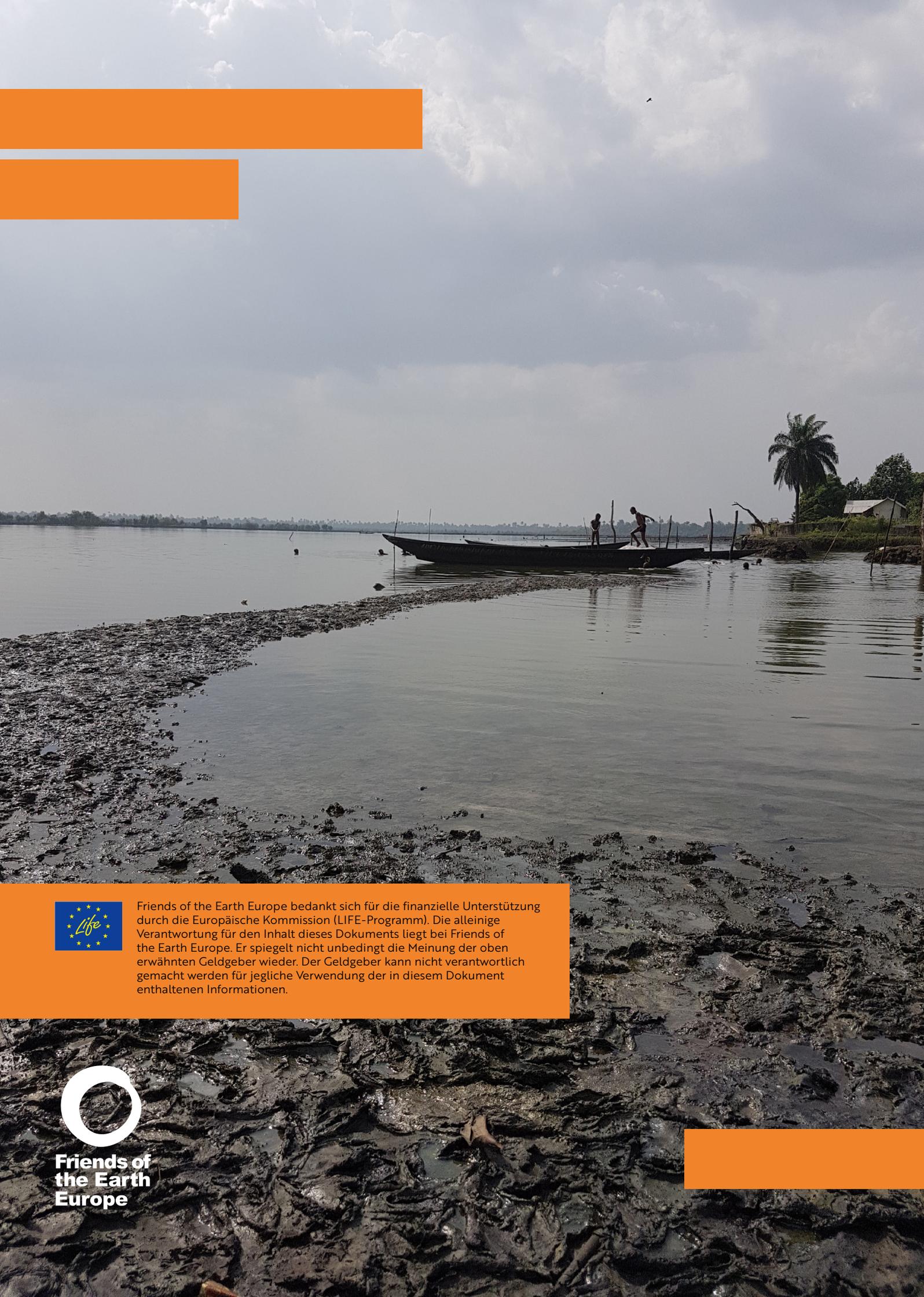
^[1] Einschließlich der Kontrolle über Regularien und Praktiken zu Menschenrechten, Arbeitsschutz, Umweltschutz, Gesundheitsschutz und Sicherheit auf der Basis von Gesetzen, Verträgen oder anderer Grundlagen.

^[2] Dazu gehören die Schwere und Bedeutung der Auswirkungen, die Größe und die Branche des Unternehmens, die Eigentumsverhältnisse, die Struktur und die Ressourcen des Unternehmens, die übliche Branchenpraxis, das Ausmaß an Einfluss, über den das Unternehmen verfügt und ob dieser Einfluss geltend gemacht wurde und inwieweit das Unternehmen informiert war oder hätte informiert sein müssen.

^[3] Während es in Australien, Kanada und einigen Bundestaaten der USA bereits so genannte „Anti-SLAPP“-Statuten gibt, ist dies in der EU nicht der Fall.

- 1 Fraport Brasil – Porto Alegre signs contract with consortium HTB, TEDESCO and Barbosa Mello for the execution of expansion works at Porto Alegre Airport (2018) https://s3-sa-east-1.amazonaws.com/tcm-assets/fraport-portoalegre-enus/media/2018.02.01_Release_construction%20contractorPOA.pdf
- 2 Fraport Brasil takes over Fortaleza and Porto Alegre operations (2018) <https://www.aircargoweek.com/fraport-brasil-takes-fortalezaporto-alegre-operations/>
- 3 BNDES approves BRL 1.25 billion financing to Fraport Brasil - Porto Alegre (2018) https://s3-sa-east-1.amazonaws.com/tcm-assets/fraport-portoalegre-enus/media/2018.12.14_Release_Assinatura%20do%20Contrato%20Fraport%20e%20BNDES_EN.pdf
- 4 NAZARÉ UNIDA NA LUTA - capítulo 1 <https://www.youtube.com/watch?v=6WcRmPwM23A>
- 5 Comissão ouve Artesp, SPMar e moradores sobre Rodoanel leste (2013) <https://www.al.sp.gov.br/noticia/?id=3359466>
- 6 Cronologia do processo de remoção das famílias da Vila Nazaré <https://infogram.com/e615b7b9-e4ad-4f0b-ae5e-c5b79d6922a3>
- 7 NAZARÉ UNIDA NA LUTA - capítulo 1 <https://www.youtube.com/watch?v=6WcRmPwM23A>
- 8 In 2012, the Rio Grande do Sul State government indemnified the owners who were named on documents at the Land Registry but who had for more than 60 years not legitimately possessed the land nor contested the occupation where thousands had constructed their homes, reared their families, with the irrefutable and obvious right to ownership.
- 9 Ruim pra quem sai, pior pra quem fica: os futuros incertos das famílias da Vila Nazaré <https://www.youtube.com/watch?v=7aBpUrDw7HU>
- 10 “Nada a ver”? Fraport deve assumir sua responsabilidade no reassentamento da Vila Nazaré! (2019) <http://www.amigosdaterrabrasil.org.br/2019/05/31/nada-a-ver-fraport-deve-assumir-sua-responsabilidade-no-reassentamento-da-vila-nazare/>
- 11 Contrato de Consessao para Ampliacao, Manutencao e Exploracao dos Aeroportos de Porto Alegre (2016)
- 12 Famílias divididas escombros e desinformacao frente a violacoes de direitos instituicoes brasileiras levam Fraport a justica (2019) <http://www.amigosdaterrabrasil.org.br/2019/07/06/familias-divididas-escombros-e-desinformacao-frente-a-violacoes-de-direitos-instituicoes-brasileiras-levam-fraport-a-justica/>
- 13 https://en.wikipedia.org/wiki/Niger_Delta
- 14 Shell Oils Spill Data <https://www.shell.com/ng/sustainability/environment/oil-spills.html>
- 15 People in Nigeria are still dying of oil pollution <https://www.youtube.com/watch?v=nuhHvDaMJ10&t=198s>
- 16 A review of the effects of gas flaring on the Niger Delta environment (2009) <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13504500109470082>
- 17 ‘Absolutely shocking’: Niger Delta oil spills linked with infant deaths (2017) <https://www.theguardian.com/global-development/2017/nov/06/niger-delta-oil-spills-linked-infant-deaths>
- 18 People in Nigeria are still dying of oil pollution <https://www.youtube.com/watch?v=nuhHvDaMJ10&t=198s>
- 19 Ogoni: The people of Ejama Egbu compensated for oil spill after a 40 year wait (2010) <https://unpo.org/article/11398>
- 20 Shell Wins Ruling Blocking Enforcement of Nigerian Spill Case (2019) <https://www.bnnbloomberg.ca/shell-wins-ruling-blocking-enforcement-of-nigerian-spill-case-1.1358012>
- 21 Gas Flaring in the Niger Delta Ruins Lives (2017) <https://www.dw.com/en/gas-flaring-in-the-niger-delta-ruins-lives-business/a-41221653>
- 22 On trial: SHELL in Nigeria – Legal Actions against the Oil Multinational (2020) <https://www.amnesty.org/en/documents/afr44/1698/2020/en/>
- 23 Shell lawsuit (re oil spills & Ogalé & Bille communities in Nigeria - Okpabi v Shell) (2018) <https://www.business-humanrights.org/en/shell-lawsuit-re-oilspills-ogale-bille-communities-in-nigeria-okpabi-v-shell>
- 24 UK Supreme Court hears Nigerian communities’ case against Shell (2020) <https://www.reuters.com/article/nigeria-oil/update-1-uksupreme-court-hears-nigerian-communities-case-against-shellidUSL8N2E04YR>
- 25 Environmental assessment of Ogoniland report (2011) <https://www.unenvironment.org/explore-topics/disastersconflicts/where-we-work/nigeria/environmental-assessmentogoniland-report>
- 26 Of most immediate concern, community members at Nisisioken Ogalé are drinking water from wells that is contaminated with benzene, a known carcinogen, at levels over 900 times above the World Health Organization (WHO) guideline.
- 27 NO CLEAN-UP, NO JUSTICE An evaluation of the implementation of UNEP’S environmental assessment of Ogoniland, nine years on (2020) http://foeeurope.org/sites/default/files/extractive_industries/2020/no_clean-up_no_justice_final.pdf
- 28 Een rechtszaak die al 10 jaar duurt: Nigeriaanse dorpingen versus Shell (2018) <https://downtoearthmagazine.nl/shell-nigeria-rechtszaak-10-jaar/>
- 29 Mozambique : de l’eldorado gazier au chaos (2020) <https://www.amisdelaterre.org/wp-content/uploads/2020/06/de-leldorado-gazier-au-chaos-les-amis-de-la-terre-france.pdf>
- 30 Shell en oliemaatschappij Anadarko verdrijven mensen van hun land in Mozambique <https://www.youtube.com/watch?v=1-M6-loDooE>
- 31 Gas in Mozambique <https://www.bothends.org/nl/Ons-werk/Dossiers/Gas-in-Mozambique>
- 32 DUAT: direito de uso e aproveitamento da terra = right to use and profit from the land. In Mozambique all land is owned by the state but can be give rights to third parties to use the land. <https://www.portaldogoverno.gov.mz/index.php/por/Cidadao/Informacao/Direito-do-Uso-e-Aproveitamento-de-Terra#>
- 33 The curse of natural gas in Mozambique (2019) <https://downtoearthmagazine.nl/the-curse-of-natural-gas-inmozambique/>
- 34 Total Closes the Acquisition of Anadarko’s Shareholding in Mozambique LNG (2019) <https://www.total.com/media/news/press-releases/total-closesacquisition-anadarkos-shareholding-mozambique-lng>
- 35 Other shareholders are a whole range of Mozambican, Indian, Japanese and Thai oil companies. <https://www.total.com/media/news/communiques/total-announces-the-signing-ofmozambique-lng-project-financing>
- 36 Other participants in this project are the Portuguese oil company Galp, next to a Mozambican and South-Korean oil company <https://www.galp.com/corp/en/about-us/what-we-do/upstream/ e-p-in-mozambique>
- 37 Dutch company Van Oord is contracted to do part of the dredging together with TechnipFMC (UK, France) <https://www.vanoord.com/nl/nieuws/2019-van-oord-wint-grote-opdracht-voor-lngproject-mozambique>
- 38 Besix and Portuguese Mota-Engilis were granted a contract for construction of a pier bridge and an offloading facility <https://press.besix.com/besix-bouw-maritieme-faciliteiten-vanwereldklasse-in-mozambique>
- 39 Shell signed a Sales Purchase Agreement with (SPA) with Anadarko that was later trasmitted to Total. <https://clubofmozambique.com/news/anadarko-announces-lng-salepurchase-agreement-with-shell/>
- 40 Mozambique: gas development projects awarded to three firms (2017) <https://www.esi-africa.com/industry-sectors/generation/mozambique-gas-developments-awarded-three-firms/>
- 41 Gas-rich Mozambique may be headed for a disaster (2020) <https://www.aljazeera.com/opinions/2020/2/24/gas-rich-mozambique-may-be-headed-for-a-disaster/>
- 42 Mozambique : de l’eldorado gazier au chaos (2020) <https://www.amisdelaterre.org/wp-content/uploads/2020/06/de-leldorado-gazier-au-chaos-les-amis-de-la-terre-france.pdf>
- 43 Mozambique : de l’eldorado gazier au chaos (2020) <https://www.amisdelaterre.org/wp-content/uploads/2020/06/de-leldorado-gazier-au-chaos-les-amis-de-la-terre-france.pdf>

- 44 Gas in Mozambique <https://www.bothends.org/nl/Ons-werk/Dossiers/Gas-in-Mozambique>
- 45 Campaigners start legal challenge to UK's \$1bn grant to Mozambique gas project (2020) <https://www.theguardian.com/business/2020/sep/07/legalchallenge-uk-1bn-grant-mozambique-gas-project>
- 46 Shell en oliemaatschappij Anadarko verdrijven mensen van hun land in Mozambique (2018) <https://www.youtube.com/watch?v=I-M6-loDooE>
- 47 https://twitter.com/Walhi_Sulsel/status/1292013366563581952
- 48 Indonesische vissers protesteren tegen baggeraar Boskalis (2020) <https://nos.nl/artikel/2340610-indonesische-vissers-protesteren-tegen-baggeraar-boskalis.html>
- 49 Tambang Pasir Laut di Makassar Rampas Ruang Hidup Nelayan (2020) <https://www.mongabay.co.id/2020/07/29/tambang-pasir-laut-dimakassar-rampas-ruang-hidup-nelayan/>
- 50 Indonesische vissers protesteren tegen baggeraar Boskalis (2020) <https://nos.nl/artikel/2340610-indonesische-vissers-protesteren-tegen-baggeraar-boskalis.html>
- 51 A few examples: In Brazil the dredging of the harbor of Suape caused damage to ecosystem on which fisherfolk are dependent. For the widening of the Suez channel farmers got violently expelled from their land, for a land reclamation project in Angola thousands of inhabitant of the capital got violently expelled from their houses.
- 52 Protest tegen baggeraar Boskalis in Sulawesi (2020) <https://www.nporadiol.nl/bureau-buitenland/onderwerpen/61723-2020-07-13-protest-tegen-baggeraarboskalis-in-sulawesi>
- 53 Fisher folk in Indonesia file a complaint against the Dutch Export Credit Agency Atradius DSB (2019) <https://www.bothends.org/en/Whats-new/News/Fisher-folk-inIndonesia-file-a-complaint-against-the-Dutch-Export-CreditAgency-Atradius-DSB/>
- 54 Fisher folk in Indonesia file a complaint against the Dutch Export Credit Agency Atradius DSB (2019) <https://www.bothends.org/en/Whats-new/News/Fisher-folk-inIndonesia-file-a-complaint-against-the-Dutch-Export-CreditAgency-Atradius-DSB/>
- 55 <https://www.walhi.or.id/>
- 56 Even though the damage was already done, the fisherfolk decided in 2019 to turn to Atradius DSB, the Dutch state export credit agency, a state owned insurance agency where companies can insure the investment risks of big overseas projects. Together with the NGOs WALHI (part of Friends of the Earth) and Both ENDS they filed a formal complaint with Atradius DSB that provided insurance for the execution of the dredging project in Makassar. This process is still ongoing <https://www.bothends.org/en/Whats-new/News/Fishermen-in-Indonesia-file-a-complaintagainst-the-Dutch-Export-Credit-Agency-Atradius-DSB>
- 57 Boskalis doesn't have to share documents on controversial project, fishing communities will not get crucial information (2020) <https://www.bothends.org/en/Whats-new/Press/Boskalis-doesnt-have-to-share-documents-on-controversial-project-fishingcommunities-will-not-get-crucial-information/>
- 58 Reklamasi dan Kriminalisasi Nelayan di Makassar (2020) <https://haluan.co/article/reklamasi-dan-kriminalisasi-nelayan-dimakassar>
- 59 Indonesian government, Committee for Acceleration of Priority Infrastructure Delivery (KPPIP), National Capital Integrated Coastal Development (NCICD) Phase A, <https://kppip.go.id/en/priority-projects/water-sanitation/national-capital-integrated-coastal-development-ncicd-phase-a/>, as viewed on 20 July 2020.
- 60 Jurnal Penelitian Kesejahteraan Sosial, Triyanti Anugrahini, Resiliensi Sosial Nelayan Kamal Muara dalam Menghadapi Dampak Reklamasi Teluk Jakarta (Social Resilience of Kamal Muara Fishermen in Facing The Impact of Jakarta Bay Reclamation), March 2018, <https://ejournal.kemos.go.id/index.php/jpks/article/view/1200> (in the study the islands 2A and 2B are called islands C and D).
- 61 Jurnal Sosial Ekonomi Kelautan dan Perikanan, A. Ramadhan, et al., Estimasi Kerugian Nelayan Dan Pembudidaya Ikan Akibat Reklamasi Di Teluk Jakarta (Economic Loss of Fisher and Fish Farmer Due to Reclamation of Jakarta Bay), June 2016, <http://ejournal-balitbang.kkp.go.id/index.php/sosek/issue/view/243>.
- 62 The residents of Pari island, where the sand for some of the islands was extracted reported damage caused by one of the dredging ship taking an illegal route and creating high waves. Also heaps of sand had disappeared from the beach and the fishermen suspected that the Belgium dredger Jan de Nul Group was mining sand illegally - Tempo Magazine, article, Islands in the sand, 2 June 2015.
- 63 SOMO, TNI and Both ENDS, Social justice at bay. The Dutch role in Jakarta's coastal defence and land reclamation project, April 2017, https://www.bothends.org/uploaded_files/document/Social_justice_at_bay_April_2017.pdf.
- 64 Social justice at bay - The Dutch role in Jakarta's coastal defence and land reclamation https://www.bothends.org/uploaded_files/document/Social_justice_at_bay_April_2017.pdf
- 65 Indonesian Ministry of Environment and Forestry, press release, Kementerian Lingkungan Hidup Dan Kehutanan Menjatuhkan Sanksi Penghentian Sementara Reklamasi Pantura Jakarta, 11 May 2016
- 66 Jakarta reclamation project allowed to resume, but opposition remains (2017) <https://news.mongabay.com/2017/10/jakarta-reclamation-project-allowed-to-resumebut-opposition-remains/>
- 67 Tambang Pasir Laut di Makassar Rampas Ruang Hidup Nelayan (2020) <https://www.mongabay.co.id/2020/07/29/tambang-pasir-laut-dimakassar-rampas-ruang-hidup-nelayan/>
- 68 Land Grabbing for Palm Oil in Sierra Leone - Analysis of the SOCFIN Case from a Human Rights Perspective (2019) https://www.fian.be/IMG/pdf/fian_b_report_landgrab_in_sl_malen_2019_full_weblow.pdf
- 69 Land Grabbing for Palm Oil in Sierra Leone - Analysis of the SOCFIN Case from a Human Rights Perspective (2019) https://www.fian.be/IMG/pdf/fian_b_report_landgrab_in_sl_malen_2019_full_weblow.pdf
- 70 Land Grabbing for Palm Oil in Sierra Leone - Analysis of the SOCFIN Case from a Human Rights Perspective (2019) https://www.fian.be/IMG/pdf/fian_b_report_landgrab_in_sl_malen_2019_full_weblow.pdf
- 71 SOCAPALM conflicts, Cameroon <https://ejatlas.org/conflict/socapalm-conflict>
- 72 Socfin KCD conflict, Cambodia <https://ejatlas.org/conflict/soc-fin-kcd-conflict-cambodia>
- 73 Okomu oil palm plantation, Edo State, Nigeria <https://ejatlas.org/conflict/oil-palm-plantation>
- 74 SLAPP stands for Startegic Litigation Against Public Participation
- 75 Tribune – Face aux poursuites-bâillons de Bolloré : nous ne nous tairons pas ! <https://www.asso-sherpa.org/face-aux-poursuites-baillons-ne-tairons>
- 76 New SLAPP of the agro-industrial group SOCFIN (2019) <https://www.fian.org/en/press-release/article/new-slapp-of-theagro-industrial-group-socfin-2258>
- 77 "Business as usual" at Socfin and Bolloré (2020) <https://www.farmlandgrab.org/29656#sdfootnote14sym>
- 78 http://www.fian.be/IMG/pdf/maloe_statement_1st-december_2012-2.pdf
- 79 The farmers accuse the SOCFIN subsidiary of 'appropriating, without their consent, several thousand hectares of their native forests to transform them into rubber plantations'. They demand restitution of their lands plus damages and interest. <https://www.farmlandgrab.org/post/view/29298-cambodian-farmers-accusingbolloré-of-spoliation-are-asked-to-show-proof>
- 80 Bolloré Group sued by NGOs in an unprecedented legal action (2019) <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/bollor%C3%A9-group-sued-by-ngos-in-an-unprecedented-legal-action/>
- 81 Sierra Leone: Organizing against Palm Oil Investors (2014) <https://landjustice4wa.org/2014/04/10/sierra-leone-organizingagainst-palm-oil-investors/>
- 82 Land Grabbing for Palm Oil in Sierra Leone - Analysis of the SOCFIN Case from a Human Rights Perspective (2019) https://www.fian.be/IMG/pdf/fian_b_report_landgrab_in_sl_malen_2019_full_weblow.pdf



Friends of the Earth Europe bedankt sich für die finanzielle Unterstützung durch die Europäische Kommission (LIFE-Programm). Die alleinige Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt bei Friends of the Earth Europe. Er spiegelt nicht unbedingt die Meinung der oben erwähnten Geldgeber wieder. Der Geldgeber kann nicht verantwortlich gemacht werden für jegliche Verwendung der in diesem Dokument enthaltenen Informationen.



**Friends of
the Earth
Europe**